

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE.**

4/2012

Tierversuchsgegner

Baden-Württemberg e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

TIERSCHUTZ AKTUELL

Mitglieder-Informationen Dezember 2012



Foto: Wolfgang Livaditis

- ***Studie: Die Welt muss vegetarischer werden***
- ***Novellierung des Tierschutzgesetzes***
- ***Kongress für Alternativen zum Tierversuch in Linz***
- ***Indien: Neue Todesfälle bei Medikamenten-Tests***

Geschäftsstelle: Alexanderstr. 13 · D 70184 Stuttgart · Tel.: 07 11/61 61 71 · Fax: 07 11/61 61 81

Bankverbindung: Kreissparkasse Böblingen · BLZ 603 501 30 · Konto-Nr. 22 349

Internet: www.tierrechte-bw.de · **facebook:** www.facebook.com/tvgbw · **E-Mail:** info@tierrechte-bw.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 – 12 Unsere Aktivitäten, darunter:
07 – 08 Unterschriftenübergabe an Euroaparlament:
„Nein zu Tierqual-Kosmetik“
11 – 12 Veröffentlichte Leserbriefe
13 – 16 Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg
16 – 17 Novellierung Tierschutzgesetz
18 – 19 Neue Todesfälle bei Medikamententests
19 – 20 REACH – ein sinnloses Tiermassaker?
20 – 21 Stoppt das Affenmassaker in Mauritius
21 Kompetenzzentrum statt Tierversuche
22 – 25 Tierversuchsfreie Forschung, darunter:
22 – 23 Kongress für Alternativen zum Tierversuch
25 – 26 Vegetarismus und Fleischkonsum
27 Versteckte Tierprodukte in Lebensmitteln,
Bärenhaltung in Berlin, Anschriften

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE.

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.
Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart
E-Mail: info@tierrechte-bw.de

Chefredaktion und Gestaltung:

Ingeborg Livaditis
Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich
Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50
E-Mail: Liva-Tierrechte@arcor.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Marie-Luise Strewe und Barbara Pflüger sowie
namentlich genannte Autoren

Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH
Auflage: 1.650 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Liebe Mitglieder, liebe Tierfreunde,

dieses Jahr verging für mich wie im Fluge. Ich hatte ihm voll Spannung entgegengeblickt! Wird die neue Landesregierung ihre Wahlversprechen in Bezug auf Tierschutz wahr machen? Wie setzt die Bundesregierung die EU-Tierversuchsrichtlinie um? Bringt die damit verbundene Novellierung des Tierschutzgesetzes endlich eine wirksame Verbesserung für die Tiere? Oder wird es nochmals Jahre dauern, bis bundesweit koordinierte Unterschriftensammlungen, Bitt- und Protestbriefe und weitere Aktionen zum lang ersehnten Erfolg für die Tiere führen?

Es gab tatsächlich einige positive Entwicklungen. Bereits im Dezember des Vorjahres trat in Deutschland die zweite Stufe der Pelztierverordnung nach einer fast sechsjährigen Übergangsfrist in Kraft. Die darin vorgesehenen Verbesserungen für die Tiere sind mit hohen Kosten verbunden, so dass die meisten Betreiber ihre Pelztier“farmen“ wegen Unrentabilität schließen mussten. Das Problem der Pelzgewinnung besteht jedoch noch so lange, bis Pelztragen, und sei es nur als Applikation, völlig aus der Mode kommt.

Seit Jahresbeginn gilt endlich EU-weit das Verbot der Batteriehaltung für Legehennen, für das wir uns ebenso jahrelang intensiv eingesetzt hatten. Gleichzeitig mussten wir – neben vielen anderen Tierschutzthemen – für die Einführung einer Eierkennzeichnung werben, damit der Verbraucher erfahren kann, aus welchen Haltungssystemen die Eier stammen und er sein Einkaufsverhalten danach richten kann. Heute ist diese Kennzeichnung eine Selbstverständlichkeit geworden. Ein weiterer Erfolg konnte damit erzielt werden, dass die Eier aus den neuen Käfigen der „Kleingruppenhaltung“ mit der Ziffer 3 deutlich als Käfigeier gekennzeichnet werden. Denn leider soll diese Art der Käfighaltung nach dem Willen

der Bundesregierung auch die nächsten Jahre fortbestehen. Deshalb streben wir nun auch eine Kennzeichnungspflicht für Eier enthaltende Produkte an und fordern parallel dazu die Lebensmittelindustrie zu einer freiwilligen Etikettierung auf. Noch besser wäre es allerdings, grundsätzlich auf die Verwendung von Eiern in Produkten wie Nudeln, Kuchen, Süßspeisen usw. zu verzichten und dafür pflanzliche Alternativen einzusetzen.

Tierschützer benötigen ein sehr großes Durchhaltevermögen. Kaum zu glauben, dass unsere erste Demonstration für den Tierschutz in Süddeutschland vor 30 Jahren, im April 1982, stattfand! Seitdem konnten einige unserer Ziele wenigstens teilweise erreicht werden, während sich andererseits neue Aufgaben auftraten.

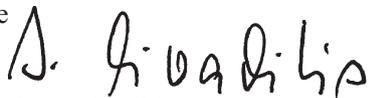
Nicht zuletzt durch die Globalisierung wird jedoch der Tierschutzgedanke weltweit immer mehr verbreitet, selbst in asiatischen Ländern gibt es zwischenzeitlich Tierschutzorganisationen. Vor einigen Jahren war das völlig undenkbar! Noch aber gibt es außerhalb des Tierschutzes viele weitere Probleme: den Welthunger, Kinderarbeit, erbärmliche Lebensumstände vor allem in der Dritten Welt, Umweltzerstörung, grausame Diktaturen, Kriege. Wo es keine Menschenrechte gibt, können wir keine Tierrechte erwarten. Aber immer mehr Menschen lehnen sich gegen diese Missstände auf. Weltweit wächst das Bewusstsein, dass alle Probleme miteinander zusammenhängen, Politiker werden zum Handeln aufgefordert.

Es gibt also noch sehr viel zu tun, um für die Tiere ein besseres Leben zu erreichen. Wir dürfen nur nicht ungeduldig werden und in unseren Bemühungen um Fortschritte im Tierschutz nicht nachlassen.

Vielen Dank für Ihre bisherige Unterstützung. Bitte halten Sie uns weiterhin die Treue und helfen Sie mit, Tierelend zu verringern.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und geruhsame Feiertage, damit Sie neue Kraft schöpfen können! Alles Gute zu einem friedvollen neuen Jahr für Mensch und Tier bei bester Gesundheit!

Ihre



Ingeborg Livaditis
Vorsitzende

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 15.09.2012

Bei der Vielzahl der politischen Tierschutzprobleme fällt es uns oftmals schwer eine Entscheidung zu treffen, welche Themen wir am jeweiligen Infostand behandeln und welche Unterschriften vorrangig gesammelt werden sollen.

Zu unseren Standardthemen zählt die Aufklärung über Tierversuche. Zur fachlichen Unterstützung verweisen wir auf das ausliegende Infor-

mationsmaterial der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche*. Statt der Testung an Tieren fordern wir neue, tierversuchsfreie Methoden.

Außerdem informieren wir über die völlig unzureichenden gesetzlichen Haltungsbedingungen für unsere sogenannten Nutztiere, wobei je nach Aktualität bestimmte Tierarten im Vordergrund stehen.

Aus Tierschutzgründen empfeh-

len wir eine vegetarische bzw. vegane Lebensweise, die gleichzeitig dem Umweltschutz und der eigenen Gesundheit dient.

Oft beteiligen wir uns an speziellen laufenden Unterschriftenkampagnen anderer Tierschutzorganisationen, sei es zu Tiertransporten, zum Tragen von Pelzen, zu Zirkustieren, für die Kastration von Katzen und vieles mehr.



1. Reihe links: Ingeborg Livaditis
2. Reihe von links: Xenia Hoffmann, Ingrid Böll
3. Reihe von links: Ingrid Schneider, Saskia Habel

1. Reihe rechts: Silvia Günther
3. Reihe rechts: Saskia Habel

Fotos: W. Livaditis

Radiosendung unserer AG Schwäbisch Hall auf Radio StHörfunk

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

Die Vorankündigung zu unserer Sendung am 17.09.2012 lautete:

Bishnoi – Menschen, die bereit sind zu sterben, um Tiere und Pflanzen zu retten. Das Volk der Bishnoi im Norden Indiens setzt sich seit Jahrhunderten für den Schutz von Tieren und Pflanzen ein – zur Not auch mit dem eigenen Leben.

Wir versuchen, den Autor Hans-Jürgen Otte, der ein Buch über sie geschrieben hat, zu Gast zu haben.

Der Sendetermin war ab Montag, 17.09.2012 mit Wiederholungen bis Sonntag, 23.09.2012 zu wechselnden Sendezeiten.

Wieder mal eine Premiere für uns: unser erstes „Vor-Ort-Interview“. Wir waren zu Gast bei Hans-Jürgen Otte in Aschaffenburg. Herr Otte arbeitet dort als Tierheilpraktiker und empfing uns in seiner Praxis. Auslöser unseres Besuchs war ein Film auf *Arte* über die Bishnoi, ein Stamm im Norden Indiens, der in der dortigen Thar-Wüste lebt.

Fasziniert von deren Lebensweise, ging Beate auf die Suche nach

Literatur zu den Bishnoi und „landete“ bei Herrn Otte. Dieser lebte in den 90-er Jahren einige Monate bei und mit ihnen und lernte so ihr Leben kennen. Über diese Zeit schrieb er ein sehr interessantes Buch, das wirklich zu empfehlen ist. Beziehen kann man es direkt bei ihm. Herr Otte freut sich über jeden Anruf und ist auch gerne bereit, am Telefon Fragen zu beantworten.

Ungefähr eineinhalb Jahre, nachdem wir das Buch bekommen hatten, saßen wir bei ihm in Aschaffenburg und unterhielten uns über seine Zeit bei den Bishnoi.



Hans-Jürgen Otte

Foto: Beate Häberle/Markus Sieker

Wir wollen hier nicht tiefer in das Leben und die Philosophie der Bishnoi einsteigen, sondern auf den anschließenden tollen Artikel von Marie-Luise Strewé verweisen.

Herr Otte war ein wunderbarer Gesprächspartner und kann klasse erzählen. Und so kam es, dass 45 von 60 Minuten in der Sendung nur gesprochen wurde, wobei es keine Minute langweilig wurde.

An dieser Stelle einmal einen ganz lieben Dank an Andreas vom *Radio StHörfunk*. Er ist das „Technik- und Computerhirn“ des Senders. Wir können ihn einfach immer fragen, und das

hilft uns sehr! Ohne seine Hilfe saßen wir vielleicht heute noch beim Zusammenschnipseln der Bishnoi-Sendung.

Buchbestellung direkt bei:

Hans-Jürgen Otte
Pfaffengasse 20
63739 Aschaffenburg
Tel. 06021/2 65 23.

Das Leben der Bishnoi

Marie-Luise Strewé, stellv. Vorsitzende

Die Bishnoi sind friedfertige, tapfere und stolze Menschen, die größtenteils als Bauern und Viehzüchter am Rand der Wüste Thar im indischen Rajasthan leben. Ihre ungefähr 600.000 Anhänger umfassende hinduistische Glaubensgemeinschaft wurde vor mehr als 500 Jahren von Guru Jambheshwar (*1451) gegründet. Zu dieser Zeit war die indische Gesellschaft von Kastenkonflikten und Kriegen zwischen Hindus und muslimischen Eroberern tief gespalten. Als 1476 das Land von einer Dürre

heimgesucht wurde, drohte Rajasthan im Chaos zu versinken. Die in der Wüste gedeihenden Khejri-Bäume wurden abgeholzt, die Tiere gejagt und ausgerottet.

Um sein Land vor dem drohenden Untergang zu retten, formulierte Jambheshwar schließlich 29 spirituelle und ökologische Gebote, nach denen die Bishnoi seit einem halben Jahrtausend leben. Im Mittelpunkt stehen Demut vor der Natur und Mitgefühl mit allen Lebewesen. Kein Tier darf getötet, kein Baum gefällt oder beschnitten werden. Fleischkonsum ist tabu, von ihren Tieren nehmen

die Gläubigen nur die Milch zu sich. Sind die Tiere alt, werden sie bis zum Tod liebevoll versorgt. Andere Vorschriften regeln die Hygiene, den respektvollen Umgang untereinander und das spirituelle Leben.

Unter den widrigen Bedingungen der Thar-Wüste haben die Bishnoi grüne Oasen geschaffen, sie legten Wasserspeicher an, pflanzten Bäume und bauen sogar Weizen an. Ihre Felder sind nicht eingezäunt, und sie betrachten den von wilden Tieren angerichteten „Schaden“ als Bestandteil des natürlichen Kreislaufes. Darüber hinaus geben sie den zehnten

Teil der Ernte der Natur und den Tieren zurück. Im Land der Bishnoi findet man unzählige Gazellen und Antilopen. Die sonst eher seltenen und scheuen Wildtiere wissen, dass ihnen in der Nähe der Siedlungen keine Gefahr vor Jägern droht. So schleppen sich bisweilen sogar von Fremden angeschossene oder verletzte Tiere in die Dörfer, wo sie versorgt und gesund gepflegt werden. Verwaiste Tierkinder werden mit menschlicher Muttermilch aufgepäpelt und anschließend wieder in die Freiheit entlassen.

So friedliebend die Bishnoi auch sein mögen, für die Natur kämpfen sie kompromisslos – oftmals unter Einsatz ihres Lebens. Viele von ihnen starben und wurden verletzt, um Tiere und Pflanzen zu schützen. Als der Maharadscha von Jodhpur im Jahr 1730 einen neuen Palast bauen wollte, benötigte er Holz. Er befahl, die Khejri-Bäume in der Umgebung fällen zu lassen, aber die Bishnoi schützten sie mit ihren Leibern. Über

360 Menschen wurden von den Soldaten des Maharadscha ermordet, bis er – beeindruckt vom so viel Mut und Opferbereitschaft – das Abholzen von Bäumen auf den Ländereien der Bishnoi für immer verbot.

Auch mit Wilderern kennen die tapferen Menschen kein Pardon. Auf die Gefahr hin, von einer Kugel getroffen zu werden, verteidigen sie die wilden Tiere, und nicht selten setzt es eine ordentliche Tracht Prügel für die Eindringlinge – selbst von Frauen.

Längst hat aber die moderne Zivilisation auch die Bishnoi erreicht – Segen und Fluch in einem. Sie betreiben eine eigene Homepage und nutzen moderne Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone und Internet, um Widerstandsaktionen und Demonstrationen zu organisieren. Gleichzeitig wird ihr Land infolge zunehmender Bevölkerungsdichte, fortschreitender Mechanisierung des Ackerbaus und steigender Milchproduktion übernutzt und ausgelaugt.

Noch ist ungewiss, ob es den Bishnoi gelingen wird, inmitten einer sich rapide wandelnden Umwelt ihre überlieferten moralisch-religiösen Werte und nachhaltige Lebensweise zu bewahren.

Wie auch immer, die Ethik der Bishnoi ist ein Fanal der Hoffnung in einer von Gier beherrschten Welt, in der allein der wirtschaftliche Erfolg zählt, in der die Natur als Selbstbedienungsladen missbraucht und fühlende Lebewesen zu Waren degradiert werden. Das Beispiel der mutigen Bishnoi zeigt uns, dass Menschen ein würdiges Leben führen können, ohne die Natur zu zerstören, Tiere zu quälen und zu töten. Möge uns die Tapferkeit dieser bewundernswerten Menschen anspornen, mutig unsere entrechteten und gequälten Mitgeschöpfe zu verteidigen, sie aus dem unbarmherzigen Joch der Knechtschaft zu befreien und Tod und Zerstörung zu widerstehen.

Welttierschutztag am 04.10.2012 – Ein Tag zum Nachdenken

Unsere Pressemitteilung vom 30.09.2012

Der alljährliche Welttierschutztag am 4. Oktober, dem Namenstag des heiligen Franz von Assisi, bietet wieder einmal Gelegenheit zu reflektieren, wieviel Tierschutz sich unsere Gesellschaft wirklich leistet.

Das *Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)* hat erst unlängst bekanntgegeben, dass rund 1.734 Tonnen Antibiotika – gegenüber ursprünglich geschätzten 1.000 Tonnen – im Jahr 2011 an Tierärzte in Deutschland abgegeben worden sind. Solche Zahlen machen den Ruf nach einem konkreten Maßnahmenkatalog zur Reduktion des Antibiotikaverbrauchs bis hin zur Verbannung von Antibiotika in Tierställen unerlässlich. Die Umsetzung dieser Strategie würde in der Konsequenz jedoch einen radikalen Umbau der Tierhaltungssysteme weg von der heutigen agroindustriellen Intensivtierhaltung bedeuten. Denn massiver Antibiotikaeinsatz und Intensivtierhaltung bedingen sich gegenseitig. Die vom Bundeskabinett beschlossene Novelle des Arzneimittelgesetzes kann jedoch jetzt schon als Mogelpackung kritisiert werden, da eine konkrete Mengenreduzierung für Antibiotika nicht vorgeschrieben werden soll.

Im September 2012 wurde bekannt, dass die Bun-

desregierung *Hermesbürgschaften* für den Bau von zwei Geflügelfabriken mit Batteriekäfighaltung für je drei beziehungsweise fünf Millionen Legehennen in der Ukraine vergeben hat, die bei uns zwischenzeitlich verboten sind. Diese Exportkreditgarantien belaufen sich auf 26 Millionen Euro.

Die Novelle des Tierschutzgesetzes steht an. Gemäß einem Kabinettsbeschluss vom 29.08.2012 lehnt die Bundesregierung wesentliche Forderungen der Bundesländer zum Tierschutz – wie die Kennzeichnung von besonders tiergerecht erzeugten Produkten – ab.

Die Liste der Meldungen ließe sich beliebig fortführen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Meldung des Statistischen Bundesamtes, dass im ersten Halbjahr 2012 in Deutschland 23.600 Tonnen weniger Fleisch als im entsprechenden Vorjahreszeitraum produziert worden sind, unerheblich. Wenn diese Reduktion bei einer Gesamtproduktion von 4 Millionen Tonnen im Jahr 2011 auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein mag, so gibt sie dennoch Hoffnung hin zu einer Entwicklung in die richtige Richtung, nämlich einen Rückgang des Fleischkonsums einzuläuten.

Wer nur einen Tag in der Woche fleischnüchtern lebt, schenkt immerhin einigen Tieren das Leben bzw. erspart diesen viel Leid. Wer denkt schon daran, auf diese

Weise Tierleben retten zu können? Darüber hinaus hat die Intensivtierhaltung, aus der das meiste konsumierte Fleisch stammt, erhebliche Auswirkungen auf unsere Umwelt.

Nach einer Studie der *FAO* von 2006 sind 18 % der weltweiten Treibhausgase auf die Viehzucht zurückzuführen, mehr als alle Transport- und Verkehrsabgase zusammen (14 %). Das *Stockholm International Water Institute (Siwi)* weist in einer Studie nach, dass die Landwirtschaft rund doppelt so viel Wasser verbraucht wie alle anderen Aktivitäten der Menschheit zusammen, wobei die Fleischproduktion dabei den höchsten Wasserverbrauch hat. Die Herstellung eines einzigen Kilogramms Schweinefleisch verschlingt z.B. rund 10.000

Liter. Unsere Ernährung ist damit eine der wichtigsten Stellschrauben, wenn wir unseren ökologischen Fußabdruck verringern wollen.

„Gute Gründe also, den persönlichen Fleischkonsum zu reduzieren oder sogar eine vegetarische Ernährung anzustreben“, meint die Vorsitzende Ingeborg Livaditis.

Kampagnen wie ‚Donnerstag ist Veggietag‘ oder ‚Klimaschutz mit Messer und Gabel‘ versuchen Menschen für eine tierfreundliche Ernährung zu sensibilisieren. Machen Sie mit!

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage <http://www.tierrechte-bw.de> unter der Rubrik Ernährung.

Wir freuen uns sehr darüber, dass unsere Pressemitteilung auf der *Sonnenseite.com* von Dr. Franz Alt veröffentlicht wurde. Über weitere Publikationen liegt uns nichts vor. Bitte senden Sie uns Zeitungsausschnitte mit Titel und Datum zu, wenn Sie in Ihrer Zeitung eine Veröffentlichung von uns finden.

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 06.10.2012

Themen: Tierversuche und tierversuchsfreie Methoden, Intensivtierhaltung (insbesondere Schweine und Kaninchen), Hummer und Krustentiere, Tiertransporte, Tierschutz beim Einkauf, Klimaschutz durch Tierschutz, Katzenschutzverordnung, Pelztierhaltung, sexueller Missbrauch von Tieren



1. Reihe von links: Alex Lunkenheimer, Saskia Habel, Dagmar Oest

1. Reihe rechts: Xenia Hoffmann
2. Reihe von rechts: Dagmar Oest, Ingeborg Livaditis, Geli Burkhardt



Ergebnis der Unterschriftensammlung:

Kampagne <i>Nein zu Tierqual-Kosmetik</i>	83
Abschaffung der Tierversuche (ÄgT)	82
Katzenschutzverordnung	56
Verordnung für Mastkaninchen	48
Stumme Schreie (sexueller Missbrauch von Tieren)	81
Haltung von Hummern und anderen Krebstieren	58
Spenden: 47,90 €	

Fotos: W. Livaditis

NEIN zu grausamen Tierversuchen für Kosmetik: Übergabe von 242.000 Unterschriften

*Menschen für Tierrechte -
Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.
Deutscher Tierschutzbund e.V.
Ärzte gegen Tierversuche e.V.*

Gemeinsame Pressemitteilung vom 18.10.2012

Chrissie Hynde, die US-amerikanische Rockmusikerin und Frontfrau der *Pretenders*, übergibt heute die gesammelten Unterschriften an den Petitionsausschuss des *Europäischen Parlaments* in Brüssel. Zu der EU-weiten Kampagne *Nein zu Tierqual-Kosmetik* hatten der *Deutsche Tierschutzbund*, der *Bundesverband Menschen für Tierrechte* und die *Ärzte gegen Tierversuche* zusammen mit ihren europäischen Partnern in der *Europäischen Koalition zur Beendigung der Tierversuche (European Coalition to End Animal Experiments, ECEAE)* aufgerufen, da bekannt wurde, dass das Ende der Tierversuche für Kosmetik bedroht ist. Ab März 2013 soll die letzte Stufe des Vermarktungsverbots für in Tierversuchen getestete Kosmetika in Kraft treten, doch die *Europäische Kommission* will als „Ausnahmen“ deklarierte Tierversuche auch in Zukunft zulassen. Dies würde weltweit den Tod zigtausender Kaninchen, Meerschweinchen, Ratten und Mäusen in den Labors der Kosmetikindustrie und ihrer Zulieferer bedeuten.

Ab 2013 sollten in der EU auch solche Kosmetika nicht mehr verkauft werden dürfen, die außerhalb der EU im Tierversuch getestet wurden. Doch die *EU-Kommission* plant hierfür Ausnahmemöglichkeiten zuzulassen. „Tierversuche für Kosmetik sind jedoch überflüssig, aus ethischer Sicht indiskutabel, und sie werden von den EU-Bürgern kategorisch abgelehnt. Dies belegen die rund 242.000 Unterschriften, die wir heute übergeben. Diese Versuche müssen verhindert werden“, so Thomas Schröder, Präsident des *Deutschen Tierschutzbundes*. „Wir appellieren an unsere EU-Abgeordneten, uns zu unterstützen, dass zwanzig Jahre nach der ersten Ankündigung eines Vermarktungsverbots dieses nun konsequent umgesetzt wird.“

„Erfreulicherweise wurden in den letzten Jahren sehr viele tierversuchsfreie Testmethoden entwickelt. Jetzt gilt es, diese so schnell wie möglich zu validieren, damit sie nicht in der Schublade bleiben, sondern auch breit angewendet werden können. Hierzu ist es dringend notwendig, das europäische Validierungszentrum *ECVAM* finanziell und personell angemessen auszustatten“, so Dr. Christiane Hohensee, Projektleiterin *InVitroJobs* beim Bundesverband *Menschen für Tierrechte*.

„Dass überhaupt Tierversuche für Kosmetik durchgeführt werden, ist der Profitgier der Hersteller zuzu-

schreiben, die den Markt mit immer neuen Schönheitsprodukten überschwemmen“, meint Dr. Corina Gericke von der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche*. Die Tiere sterben für überflüssige Innovationen einen grausamen Tod, während der Verbraucher trotzdem nicht vor schädlichen Wirkungen geschützt ist. Denn die Tierversuche dienen einzig der rechtlichen Absicherung der Produkt-Erfinder im Falle von Gesundheitsschäden, heißt es von Seiten des Ärzteverbandes. „Zudem stehen ge-

nügend Inhaltsstoffe zur Verfügung, mit denen sich beliebig viele neue Schönheitsmittel herstellen lassen, für die kein Tier leiden muss“, so Gericke abschließend.

Neben der offiziellen Übergabe der Unterschriften an das *Europäische Parlament* in Brüssel veranstaltet die *ECEAE* auch ein parlamentarisches Frühstück für die EU-Abgeordneten (Raum ASP 5G1) und einen farbenfrohen Fototermin mit einem Flashmob-Chor im *Parc du Cinquantenaire*.

18.10.2012: 242.000 Unterschriften an das EU-Parlament übergeben



Die *ECEAE* bei der Unterschriften-Übergabe vor dem *EU-Parlament*.

Foto: *BUAV*

Der Unterschriftenübergabe war ein Diskussionsgespräch beim *Europäischen Parlament* vorausgegangen, zu dem Chris Davies, Mitglied der britischen *Liberaldemokraten* und Mitglied des *EU-Parlaments* u.a. im Ausschuss für *Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)*, geladen hatte.

Den Standpunkt des *ECEAE* legten Vertreter der *British Union for the Abolition of Vivisection (BUAV)* und des Deutschen Tierschutzbundes dar und informierten über bereits verfügbare Ersatzverfahren zu Tierversuchen. Für unseren Bundesverband war Dr. Christiane Hohensee, Projektleiterin von *InVitroJobs*, vor Ort.

Chris Davies äußerte sich zuversichtlich. Es habe in der Kosmetik-

industrie bereits große Fortschritte in der Entwicklung tierversuchsfreier Methoden gegeben. Trotz einiger bestehender Schwierigkeiten sei er dagegen, das Verbot in irgendeiner Weise zu lockern.

Auf die Unterschriftenübergabe folgte eine „Flashmob“-Aktion, bei der eine Rap-Performance auf der dicht belebten Luxemburgstraat nahe dem *Europäischen Parlament* stattfand. Während der Darbietung verteilten einige Tierschützer vegane Kekse. Andere sprachen mit Beobachtern und informierten sie über die Kampagne gegen die Verschiebung des Verkaufsverbots von an Tieren getesteter Kosmetik.

Ausblick: Dieses Verkaufsverbot ist bereits stufenweise in weiten Tei-

len in Kraft getreten. Das *Europäische Parlament* überlegt jedoch bis zuletzt, Ausnahmen für bestimmte Tests zuzulassen.

Die Kampagne wird solange weiterlaufen, wie Kosmetikfirmen Produkte in Europa verkaufen dürfen, die in anderen Teilen der Welt an Tieren getestet wurden. Ziel ist, dass das Verkaufsverbot konsequent und ohne Ausnahmen umgesetzt wird. Unser Bundesverband sieht in der großen europäischen Beteiligung ein klares Votum der Verbraucher, dass sie an Tieren getestete Kosmetik nicht akzeptieren. Die Entscheidung soll im März 2013 erfolgen.

Quelle: *Bundesverband der Tierversuchsgegner*

Veranstaltung *Stuttgart pelzfrei* am 27.10.2012

Es war ein kalter, regnerischer Tag mit Temperaturen um die Null Grad, an dem man eigentlich am liebsten zu Hause bleiben möchte. Aber die *Tierrechtsinitiative Region Stuttgart (TIRS)* hatte an diesem Samstag zu ihrer jährlichen Demonstration gegen die Pelzindustrie und den Pelzhandel aufgerufen. Und wir hatten zugesagt, uns neben der Teilnahme am Demozug mit einem Infostand zu beteiligen. Denn noch immer werden in Kaufhäusern und Pelzgeschäften Kleidungsstücke mit Besatz von

Echtpelzen angeboten, sogar noch ganze Pelzmäntel und -jacksen.

Beim Aufbau unseres Infostandes hatten wir zwar unsere bewährten Regenmäntel an, aber selbst als das Dach und die Seitenwände unseres Pavillons standen, regnete es vor allem am Vormittag immer wieder herein, so dass wir ständig damit beschäftigt waren, das Infomaterial abzutrocknen.

Durch das schlechte Wetter kamen nur wenige Passanten an den Infoständen vorbei; auch die Beteili-

gung am Demonstrationzug blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Wir schätzen, dass es ca. 200 Teilnehmer waren. Der Demonstrationzug mit vielen Transparenten führte durch die Innenstadt, vorbei an Echtpelz führenden Geschäften. Dort machten laute Protestrufe und Aktionen mit einem „blut“getränkten Pelzmantel darauf aufmerksam, was die Protestierenden von Pelzartikeln halten.

Der Umzug dauerte von 14:00 bis ca. 17:30 Uhr.



1. Reihe von links: Marie-Luise Strewe, Ingeborg Livaditis
2. Reihe von links: Saskia Habel, Geli Burkhart

1. Reihe von links: Ingrid Schneider, Geli Burkhart

Fotos: W. Livaditis

Weitere Sendung unserer AG Schwäbisch Hall auf Radio StHörfunk

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

Veganes Leben Teil 3

Nur wenige Monate nach dem zweiten Teil folgte ab 29.10.2012 der nächste Beitrag unserer Reihe zum veganen Leben. Einen Großteil der Sendung nahm das Thema bio-vegane Land- und Gartenbau ein. Ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt. Denn einen Nahrungsmittelanbau ohne Tierausbeutung gibt es bis dato nur sehr, sehr selten. Mit tierischen Produkten gedüngt wird ja sowohl im *Bioland*- wie im *Demeter*-Landbau. Ziel muss es aber sein, die Vorstellungen und Ideale des Veganismus mit denen des ökologischen Landbaus zu verbinden und so eine Lebensmittelproduktion ohne Tierausbeutung zu haben. Denn jeder Bissen, den wir nach bio-vegane Kriterien erzeugen, ist ein Bissen,

dem kein Blut anhaftet.

Zuerst stellten wir einen Betrieb in Oberösterreich vor, der ohne chemisch-synthetische Mittel, ohne Tierhaltung und auch ohne tierische Düngemittel wirtschaftet: Wie durch Begrünung die Bodenfruchtbarkeit aufgebaut wird und welche Lebensmittel angebaut werden. Beispiele sind die alten Getreidesorten Emmer, Einkorn Nackthafer und Nacktgerste sowie Gemüseraritäten. Auch eine hofeigene Produktion von Teigwaren aus diesen Getreidesorten sowie die Herstellung von Seitan und Tofu lässt diesen bio-vegane Betrieb wirtschaftlich hervorragend dastehen.

Wir berichteten über unsere eigenen Erfahrungen im Anbau von bio-vegane Lebensmitteln und versuchten die Zuhörer davon zu begeistern. Schon das eine oder andere Tomatentöpfchen auf dem Balkon, nur in der Humuserde großgezogen, ist ein erster und einfacher Schritt hin zur tier-

ausbeutungsfreien Lebensmittelproduktion. Wer mehr will, kann sich auch ein kleines Stück Land pachten oder bei der Kultivierung von Brachen, vor allem in Städten, mitmachen.

Noch mehr Infos finden Sie auf der Internetseite biovegan.org.

Weitere Themen, die kurz angesprochen wurden, waren die meist tierproduktartigen E-Stoffe und die im veganen Leben (aber natürlich nicht nur da) wichtigen Vitamine B12 und D.

Zum veganen Leben werden weitere Sendungen folgen: Es gibt noch so viel zu erzählen. Und jedes Mal werden wir betonen, dass Veganismus nicht zum Lifestyle verkommen darf. Für uns ist veganes Leben die Basis und Grundlage für die Befreiung der Tiere aus der Ausbeutung durch den Menschen. Veganismus darf nicht auf dem Teller enden!

Ein(e) Plan(e) für die Tiere

Die Tierschutzorganisation *Animals' Angels* rief im Sommer dieses Jahres zu einer speziellen Spendenaktion auf. Ihr Plan war, die Planen von Lkws als mobiles Mahnmal für die Tiere auf ihrem Weg in den Schlachthof zu nutzen, wobei ihnen Speditionsbesitzer ihre Fahrzeuge kostenlos zur Verfügung stellen. Die als

Tiertransport gestaltete Plane läuft über die beiden Seitenflächen und das Heck und kostet rund 4.000 Euro.

Unsere älteren Mitglieder erinnern sich vielleicht daran, dass auch wir früher einen solchen Lkw mit drei verschiedenen Tierschutzthemen hatten. Leider lief diese Aktion aus, als der zuständige Mitarbeiter ausschied.

Wir haben deshalb beschlossen, einen „STOPPT Tiertransporter“ zu finanzieren. Seit Anfang November 2012 ist er nun einer der drei Lkws, die derzeit durch die Lande fahren.

Animals' Angels, mit denen wir seit ihrer Gründung verbunden sind, haben uns sehr herzlich für diese Unterstützung gedankt.



Michael Blanke, Vorsitzender von *Animals' Angels*

Foto: *Animals' Angels*

Eine Qual für die Tiere

Betrifft: Artikel »Vor dem Genuss fließen einige Schweiß-tropfen«

Ob die getöteten Hummer diesen Abend originell fanden ist zu bezweifeln, wer möchte schon lebendig gekocht werden! Aber Mitgefühl mit Hummern und anderen Krustentieren scheint oft nicht vorhanden zu sein. Empathie gibt es anscheinend nur für Tiere mit Kuschelfaktor.

Es ist bekannt, dass Hummer und andere Krebs- und Schalentiere bei lebendigem Leib gekocht werden und einen grausamen Todeskampf haben. Werden mehrere Tiere in einen Topf geworfen, sinkt die Wassertemperatur und der Todeskampf kann sich minutenlang hinziehen. Oft versuchen die Tiere verzweifelt, noch aus dem Topf zu entkommen.

Doch das Leid der sensiblen Tiere fängt schon viel früher an. Sie werden aus ihrem Lebensraum gerissen und mit zusammengebundenen Scheren, damit sie sich nicht gegenseitig verletzen, oft monatelang ohne Nahrung bis

zum Weitertransport in engen Behältern gelagert. Im Handel und in der Gastronomie werden sie dann mit weiterhin fixierten Scheren zu mehreren ohne Rückzugsmöglichkeit in Aquarien bei Tageslicht gehalten, eine Qual für nachtaktive Einzelgänger! Da die Hummerbestände in der Nordsee und um Helgoland nahezu erschöpft sind, werden die Tiere aus den USA und Kanada importiert. Hummer können bis zu 90 Jahre alt werden, Hummerweibchen tragen ihren Nachwuchs neun Monate mit sich.

**Dagmar Oest
Freudenstadt**

▲ *Schwarzwälder Bote,
Ausg. Freudenstadt, 05.04.2012*

Forderung nicht extrem

Betr.: Affenshow im Schwabenpark

Den meisten Menschen fällt es schwer zu akzeptieren, dass unser bisheriger Umgang mit Tieren, und eben auch mit Menschenaffen, weder zeitgemäß noch ethisch vertretbar ist. Mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten und einer atemberaubenden Selbstverständlichkeit versuchen sie hartnäckig, den Tieren ein Recht auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit zu verweigern. Weil das natürlich bedeuten würde, auch eigene, liebgewonnene Gewohnheiten neu überdenken zu müssen. Noch im Jahr 1940 veranstaltete Hagenbeck in Hamburg „anthropologisch-zoologische Ausstellungen“, bei denen „Eskimos“ begafft werden durften! Heute undenkbar; dafür werden mit Bonobos, Orang-Utans, Gorillas und Schimpansen Lebewesen zur Schau gestellt, deren Erbgut dem unseren zu mehr als 94 Prozent gleicht! Diese überaus intelligenten Wesen werden in Aufführungen wie im Schwabenpark oder im Zirkus zur Belustigung von uns Menschen zum Schuhplattl-Tanz gezwungen oder in Indianer-Kostüme gesteckt. Deshalb ist die Forderung, die Show einzustellen, nur folgerichtig. Die Menschenaffen, die für solche Massen-Unterhaltungsshows missbraucht werden, müssen unter bestmöglicher Wahrung ihrer Bedürfnisse untergebracht werden. Wenn das am derzeitigen Unterbringungs-ort nicht gewährleistet werden kann, muss man sich über geschützte Reservate Gedanken.

**Susanne Danese,
Winnenden**

ZUM ARTIKEL „FLEISCHLOS AUS ÜBERZEUGUNG“ VOM 1. OKTOBER:

Fleischkonsum und Gehirnwachstum

Dass gebratenes Fleisch die menschliche Evolution vorangetrieben habe, ist eine Annahme, die lange Zeit auch seitens der Wissenschaft nicht hinterfragt wurde. Die Jagd auf Tiere und das Essen von Fleisch hatte aber – wenn überhaupt – nur einen geringen Einfluss auf das Gehirnwachstum des Menschen, wie einige Forschungsergebnisse aus jüngerer Zeit vermuten lassen.

Wissenschaftler der University of California in Santa Cruz und der Arizona State University in Tempe kamen beispielsweise zu dem Schluss, dass nicht der Konsum von Fleisch, sondern die Fähigkeit, pflanzliche Stärke zu verdauen, für den evolutionären Erfolg von Homo sapiens verantwortlich waren. Das stärkeaufspaltende Enzym Amylase, das besonders häufig im menschlichen Speichel und in der Bauchspeicheldrüse vorkommt, sei wahrscheinlich ausschlaggebend für das starke Wachstum des Gehirns und für die schnelle geografische Ausbreitung der Menschen gewesen als Jagd und Fleischkonsum.

Diese These wird von Paläoanthropologen aus Leipzig und San Francisco gestützt, die in Äthiopien Kratz- und Schabespuren an Tierknochen fanden. Die Spuren stammen von Vormenschen der Spezies Australopithecus afarensis, zu denen auch die bekannte Lucy gehörte. Der Archäologe Shannon McPherron folgert daraus unter anderem, dass „diese Entdeckung zwei Dinge trennt, von denen wir bisher annahmen, dass sie zusammengehören: Fleischkonsum und Gehirnwachstum“.

Denn Lucy und ihre Verwandten hatten ein kleines Gehirn, obwohl sie Fleisch aßen. Erst eine Million Jahre nach Lucy vergrößerte sich das Gehirn massiv. Fleisch, ein unverzichtbarer Bestandteil der Ernährung? Ein Mythos, der immer mehr ins Wanken gerät.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote, 13.10.2012*

Jämmerliches Dasein

Zum Bericht „Stadt will Tiere schützen“ (Ausgabe vom 13. Oktober) über das geplante Wildtierverbot bei Zirkussen schreibt Elke Paus, Maria-Viktoria-Straße 37, Baden-Baden:

Dass die Stadt Zirkusunternehmen, die bestimmte Wildtierarten mit sich führen, keine Unterkunft mehr auf städtischen Flächen erteilen will, kann nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein! Zumal die genannten Tierarten nur selten in Zirkussen mitgeführt werden. Meist sind es Elefanten, Raubkatzen oder Bären, die in Zirkusbetrieben ein jämmerliches Dasein fristen. Die meisten Zirkusse leiden an ständigem Geldmangel, was dazu führt, dass die von ihnen gehaltenen Tiere oft unter einer nicht angemessenen Behandlung und Pflege zu leiden haben. Die Tiere, die zu meist recht groß oder von Natur aus sehr aktiv sind, müssen den überwiegenden Teil ihres Lebens in winzigen Transportkäfigen verbringen. Diese dürfen sie meist nur für die kurze Zeit ihrer Darbietungen in der Manege verlassen. Die geltenden Richtlinien sind völlig unzureichend; und selbst diese werden oft nicht eingehalten.

Wanderzirkusse besuchen im Frühjahr, Sommer und Herbst etwa 150 Städte. Dabei ist eine notwendige Frischwas-

serversorgung nicht überall gewährleistet. Folglich wird das Trinkwasser rationiert, das Reinigen der Tiere und ihrer Käfige teilweise ganz unterlassen. Auch was die klimatischen Verhältnisse angeht, entspricht das Zirkusklima in keiner Weise der natürlichen Umgebung der Tiere.

So können beispielsweise gerade die Sommermonate für Tiere wie Bären extrem belastend sein, während andere Tiere wie Löwen unter Kälte zu leiden haben. Tierärzte, die qualifiziert wären und sich mit exotischen Tieren auskennen, sind ebenfalls selten vorhanden oder verfügbar, und so sind schon Tiere aus Mangel an ordentlicher ärztlicher Versorgung verendet. Während des Winters, also außerhalb der Saison, werden die Zirkustiere meist in Transportverschlägen oder in engen Ställen gehalten; manche Tiere sogar in Lkw.

Seit August 2002 genießt der Tierschutz Verfassungsrang – und fristet nach wie vor das traurige Dasein eines „Papiertigers“! Ein generelles Verbot der Dressuren und Haltungen exotischer Tiere in Zirkussen ist unaufschiebbar! Wildtiere gehören in ihren natürlichen Lebensraum, weil sie nur dort so leben können, wie es ihrer Art entspricht. Aus ethischer Sicht gibt es keine Rechtfertigung, sie zu Zwecken des Gelderwerbs gefangen zu halten, zu dressieren und zum Freizeitvergnügen der Menschen vorzuführen.

▲ *Badisches Tagblatt*, 16.10.2012

ZU DEN ARTIKELN „OH, WIE SCHÖN! TIERE MACHEN MENSCHEN GESÜNDER UND GLÜCKLICHER“ UND „KANN EIN TIER FREUDE EMPFINDEN?“ VOM 20. OKTOBER:

Ein reiches Repertoire an Gefühlen

„Gegen die Existenz tierischer Emotionen zu argumentieren, ist schlechte Biologie“, behauptet der renommierte amerikanische Biologe und Verhaltensforscher Marc Bekoff. Dafür hat er gute Gründe: Gefühle haben sich im Laufe der Evolution bei zahlreichen Spezies entwickelt. Sie dienen als sozialer Kitt und erlauben es, flexibel und angepasst auf die Umwelt zu reagieren. „Gefühle, Empathie und das Wissen um ‚Richtig‘ und ‚Falsch‘ sind die Schlüssel zum Überleben, ohne die alle Tiere – sowohl menschliche als auch nicht-menschliche – untergehen würden.“ Der Chor der Wissenschaftler, die Tieren ein reiches Repertoire an Gefühlen, einschließlich der Freude, zusprechen, wird immer lauter. **Der Ethnologe** Jonathan Balcombe hat der Freude im Tierreich gar ein ganzes Buch gewidmet.

Dass sich mancher mit der Anerkennung von Emotionen (und Bewusstsein) bei Tieren schwer tut, wundert mich nicht. Denn damit wird unser bisheriger Umgang mit den nicht-menschlichen Geschöpfen infrage gestellt. Und das gilt nicht nur für Hund und Katz', sondern auch – und gerade – für die sogenannten Nutztiere. Ja, Menschen profitieren vom Umgang mit Tieren. Aber gilt das auch umgekehrt? Für Schweine, Hühner, Rinder und Ratten sicher nicht: Sie bleiben auf der Strecke. Im wahrsten Sinne des Wortes: Mit jedem Bissen Fleisch, mit jedem In-vivo-Versuch missachten wir das Lebensrecht und die Gefühle empfindsamer Lebewesen.

„Vermutlich ist es den Tieren gleichgültig, ob wir ihnen die Attribute klug, schlau oder intelligent zuordnen. Für sie ist es wichtig, dass wir sie mit Respekt und Einfühlungsvermögen behandeln und ihnen die Rechte zubilligen, die sie als Bewohner dieses Planeten haben. Denn jeder von ihnen gibt wie wir nur ein kurzes Gastspiel auf dieser Erde. Von ihnen bleiben die gleichen Moleküle und Atome übrig wie von uns.“ (Immanuel Birmelin, Biologe und Verhaltensforscher)

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote*, 31.10.2012

* Ein gutmeinender Redakteur (oder war es der Druckfehler-teufel?) hat bei dem Leserbrief aus einem Ethologen (Verhaltensforscher) einen Ethnologen (Völkerkundler) gemacht

Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch

Forschungsgelder in Höhe von 400.000 Euro

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die neue grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg führt das bisherige Programm zur Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch fort. Erfreulicherweise wurde der Forschungsetat in dieser Legislaturperiode von 300.000 Euro auf 400.000 Euro pro Jahr erhöht.

Die Ausschreibung des Förderprogramms wurde durch eine gemeinsame Pressemitteilung des für Tierschutz zuständigen Ministers für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Alexander Bonde, und die für Forschung zuständige Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, am 22.04.2012 bekanntgegeben.

„Ziel der Landesregierung ist, die Zahl und die Belastung von Versuchstieren bei Tierversuchen weiter zu verringern. Daher unterstützen wir ambitionierte Forscherinnen und Forscher, die alternative tierfreie Forschungsmethoden entwickeln. Die grün-rote Landesregierung hat daher für 2012 ein Förderprogramm aufgelegt, das die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden mit 400.000 Euro fördert. Damit bringen wir den Tierschutz in Baden-Württemberg weiter voran und setzen zugleich eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um“, erklärten Ministerin Bauer und Minister Bonde. Damit würde die Landesregierung wichtige Impulse zur Stärkung des Tierschutzes in Baden-Württemberg setzen.

Die Ausschreibungsunterlagen wurden auf der Internetseite des Ministeriums Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg veröffentlicht.

Gefördert werden insbesondere Vorhaben nach dem 3R-Prinzip (reduce, refine, replace = reduzieren,

verbessern, ersetzen) zu folgenden Forschungsthemen:

- Vermeidung der Verwendung von Tieren durch die Entwicklung eines vollständigen Ersatzes für den Tierversuch
- Reduzierung der Versuchstierzahl durch die Neuentwicklung tierverbrauchsfreier/verbesserter Vorschaltversuche, Screeningmethoden oder Testmodelle oder durch Verbesserung von Methodik und Auswertung des Tierversuchs
- Reduzierung der Belastung von Versuchstieren durch neue oder verbesserte Versuchsmodelle
- Versuche zur Verbesserung der Haltungsbedingungen von Versuchstieren (Enrichment)

Aus unserer Sicht sollten vorrangig Projekte gefördert werden, die den Tierversuch ersetzen, aber keineswegs solche, die ihn durch verbesserte Methoden festschreiben würden.

Über die Mittelvergabe entscheiden die beiden Ministerien auf der Grundlage der Empfehlung der hierfür berufenen Gutachterkommission.

Die zu fördernden Projekte wurden am 01.10.2012 im Vorfeld des Welttierschutztages am 4. Oktober wiederum mit einer gemeinsamen Pressemitteilung der beiden Ministerien bekanntgegeben. Ausgewählt wurden zwei hervorragende Projekte, die mit Zellkulturmodellen Tierversuche ersetzen sollen:

Das erste Projekt „**Funktions-testung von Neuralleistenzellen**“ wird von Prof. Dr. Marcel Leist, Universität Konstanz, entwickelt. Diese Methode soll es ermöglichen, die Wirkung von Substanzen auf Fruchtbarkeit und Embryonalentwicklung ohne Tierversuche zu prüfen.

Das zweite Projekt „**Entwick-**

lung eines dreidimensionalen Prostatamodells zur Analyse karzinogener Mechanismen“ wird von Dr. Friederike Gruhl am Karlsruher Institut für Technologie erarbeitet. Ziel ist, den Verzicht auf Tierversuche bei der Entwicklung neuer Behandlungsmethoden gegen Prostatakrebs zu ermöglichen.

Geärgert hat uns in der Pressemitteilung die Aussage der grünen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer: „Auf Tierversuche kann nicht vollständig verzichtet werden, zahlreiche Versuche sind im Rahmen von Sicherheitsprüfungen sogar gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb sind Tierversuche im Rahmen der strengen tierschutzrechtlichen Vorschriften zulässig. Gleichwohl will Baden-Württemberg als wichtiger Standort der biomedizinischen Forschung im Bereich der alternativen Methoden Vorbild sein.“

Bei jährlich steigenden Versuchstierzahlen, die 2011 fast drei Millionen allein in Deutschland betragen, kann weder die Rede davon sein, dass auf Tierversuche noch nicht „vollständig“ verzichtet werden könne, noch von „strengen tierschutzrechtlichen Vorschriften“. Denn wenn man die „Datendank Tierversuche“ der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* durchforstet, stößt man auf völlig unsinnige Tierversuche – ganz abgesehen von unserer grundsätzlichen Kritik an der Methode Tierversuch.

Und so löblich es ist, dass die Landesregierung den Etat für die Förderung von Alternativmethoden zu Tierversuchen um jährlich 100.000 Euro aufgestockt hat, so werden noch viel zu wenig Anstrengungen unternommen, um Tierversuche wirklich zu verringern bzw. ganz abzuschaffen.

Verleihung des Förderpreises „Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“

Die zweite Säule der Förderung von tierversuchsfreier Forschung in Baden-Württemberg ist die Vergabe des jährlich verliehenen Forschungspreises in Höhe von 25.000 Euro.

Aus der Ausschreibung: *Ausgezeichnet werden können Forschungsarbeiten, die einen wesentlichen Beitrag zum Ersatz von Tierversuchen oder zur Verminderung der Belastung von Tieren im Bereich der Wissenschaft und Lehre sowie der medizinischen Diagnostik und der Prüfung von Stoffen und Produkten leisten.*

Die Kriterien sind wie bei der Forschungsförderung die 3R.

Ausgezeichnet werden können auch Projekte aus dem Bereich der Umsetzung bereits entwickelter Alternativmethoden (Validierung, behördliche Anerkennung und praktische Anwendung). ...

Ausgezeichnet werden können Personen, die an Einrichtungen in Baden-Württemberg tätig sind. Das Preisgeld ist in der Regel für die weitere wissenschaftliche Arbeit der Preisträger/Innen bestimmt. Die Arbeiten sollen möglichst nicht älter als drei Jahre sein.

Die Preisverleihung nahm Verbraucherminister Bonde vor der Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz

am 08.10.2012 im Foyer des großen Sitzungssaals vor. Die Preisträger waren entsprechend des Votums der Bewertungskommission, die aus Wissenschaftlern, Mitgliedern des Ministeriums und mir als Vertreterin der Tierschutzorganisationen im Landesbeirat für Tierschutz besteht, aus den eingegangenen Vorschlägen ausgewählt worden.

Minister Bonde betonte, dass der Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch ein wichtiger Baustein sei, um wissenschaftliche Arbeiten zu würdigen, die Alternativen zum Tierversuch aufzeigen. In der Pressemitteilung vom selben Tag heißt es: *Mit der ausgezeichneten Arbeit hätte ein Forscherteam der Universitätskliniken Freiburg und Mannheim ein versuchstierfreies Testsystem entwickelt, mit dem Chemikalien darauf getestet werden können, ob sie sogenannte Kontaktallergien auslösen, eine spezielle Form von Entzündungen. „Zum Wohle der Tiere wünsche ich diesem innovativen und praxisrelevanten Verfahren eine weite Verbreitung“, so der Minister abschließend.*

Die Preisträger sind ein Forscherteam der Universitäts-Hautkliniken Freiburg und Mannheim unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Martin und PD Dr. Hermann-

Josef Thierse. Ziel der Arbeit war die Entwicklung einer tierversuchsfreien Methode, um Chemikalien auf ihre potenziell allergene Wirkung zu überprüfen.

Derzeit sind mehrere tausend Substanzen bekannt, die bei Kontakt mit der Haut eine Entzündung (Kontaktallergie) auslösen können. Obwohl diese Erkrankungen ständig zunehmen, gibt es noch keine ursächliche Therapie. Beim Verbraucher- und Arbeitsschutz hat deshalb die Identifizierung möglicher Allergene eine große Bedeutung, um den Kontakt mit diesen Stoffen vermeiden zu können.

Bislang wird der Test auf Kontaktallergene im Tierversuch, vor allem an Mäusen, überprüft und erfordert hohe Tierzahlen. Mit der ausgezeichneten Arbeit steht jetzt eine Methode zur Verfügung, die den Test von Substanzen mit Hilfe menschlicher T-Zellen im Reagenzglas ermöglicht – ohne Verwendung von Tieren.

Wir bedanken uns bei allen Wissenschaftlern, die an der Entwicklung von tierversuchsfreien Methoden arbeiten und damit helfen, großes Tierleid zu verringern.

Herzlichen Glückwunsch an die Preisträger und Gewinner der Forschungsförderung!



Von links: Dr. Philipp Esser, Dr. Lisa Dietz, Prof. Dr. Stefan Martin, PD Dr. Hermann-Josef Thierse

Minister Alexander Bonde
Foto: I. Livadiotis

Landesbeirat für Tierschutz

Marie-Luise Strewe, stellv. Vorsitzende

Zur Sitzung am 08.10.2012 lagen sehr viele Anträge zur Diskussion und gegebenenfalls zur Abstimmung vor.

Das Ministerium berichtete zuerst über die Umsetzung der Ergebnisse der letzten Beiratssitzung. Dabei war es um die Forderung nach strengeren Regelungen für **Tierbörsen** gegangen und um den **Schenkelbrand bei Pferden**, der auch das landeseigene Gestüt in Marbach betrifft.

Kritisiert worden war bereits in der letzten Sitzung die **Schimpansenhaltung im Schwabepark Kaisersbach**. (Wir hatten darüber bereits in Heft 2/2012 berichtet. Die *Waiblinger Kreiszeitung* informierte am 03.08.2012 nach Interviews mit Tierschützern, dem Geschäftsführer des Schwabeparks und weiteren Beteiligten sehr ausführlich über deren Positionen. Um die Schimpansenpopulation zu verkleinern, hätte das Landratsamt bereits Maßnahmen besprochen, wie beispielsweise die Abgabe von vier Affen. Die Weibchen hätten bereits Verhütungs-Implantate bekommen.)

Die Landestierschutzbeauftragte Dr. Cornelia Jäger teilte mit, dass sie die Schimpansenhaltung zwischenzeitlich besichtigt habe und ein fachwissenschaftliches Gutachten erstellen ließ. Dieses hätte festgestellt, dass sich die Tiere durchweg in einem guten Zustand befinden würden. Es würde aber auch konkrete Vorschläge nennen für Verbesserungen bei der Zucht, der Haltung und bei den Vorführungen mit den Schimpansen. Der Beirat begrüßte das Gutachten und die inzwischen angelaufenen Aktivitäten des Betreibers.

Anschließend informierte das Ministerium über den aktuellen Stand der EU- und nationalen Rechtsetzung, u.a. über die Änderung des Tierschutzgesetzes. Es folgte ein kurzer Bericht über die Preisverleihung des Schülerwettbewerbs zum Tierschutz.

Da die Novellierung des Landes-

jagdgesetzes ansteht, brachten wir einen Antrag zur **Bewegungsjagd** und den damit verbundenen tierschutzrelevanten Problemen ein: Die Bewegungsjagd steht als Sammelbegriff für das Jagen auf gezielt mobilisiertes Wild. Dabei sollen in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Tiere, vor allem Schalenwild, getötet werden. Dies ist aus Tierschutzsicht auch deshalb kritisch zu bewerten, da bei diesen Jagdmethoden mehr Tiere lediglich angeschossen und verletzt als unmittelbar tödlich getroffen werden. Es gilt: Je druckvoller die Methode, desto größer ist die daraus entstehende Problematik. Unsere Kritik belegten wir durch zahlreiche wissenschaftliche Quellen.

Hierzu wurde folgender Beschluss gefasst: Der Landesbeirat für Tierschutz empfiehlt, bei der Novellierung des Landesjagdrechts klare Regelungen zu erlassen, welche Form der Beunruhigungsjagd zukünftig als Bewegungsjagd erlaubt ist und welche Methoden untersagt sind.

Weitere Beschlüsse:

Der Landesbeirat für Tierschutz empfiehlt, die Öffentlichkeit verstärkt über die Problematik der **Haltung exotischer Tiere in Privathand** zu informieren. Außerdem sollten die rechtlichen Möglichkeiten für eine Haltungsbeschränkung dieser Tiere auf Landesebene geprüft und nach Möglichkeiten zur Unterbringung beschlagnahmter oder abgegebener exotischer Tiere in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Bundesländern gesucht werden.

In der Pressemitteilung vom 12.10.2012 über die Sitzung wurde dieser Punkt ausführlich behandelt:

In seiner aktuellen Sitzung hat der Landesbeirat für Tierschutz darauf hingewiesen, dass die unüberlegte Anschaffung und die Vermehrung exotischer Tiere zunehmend Tierschutzbehörden und Tierheime belastet. Die Tierhalter sind häufig mit der sachgerechten Pflege – insbesondere mit dem Aufwand für die Haltung – und den Energiekosten überfordert. Durch falsche Unterbringung und Fütterung werden exoti-

sche Tiere häufig krank. Tierärzte können Tieren mit haltungsbedingten Erkrankungen in der Folge oft nicht mehr helfen. Zudem werden exotische Tiere wie Reptilien (Schlangen, Schildkröten, Echsen), aber auch viele exotische Kleinsäuger in Deutschland zunehmend nachgezüchtet und gehandelt.

„Viele unüberlegt angeschaffte Tiere landen in Tierheimen oder werden ausgesetzt. Die Tierheime können Tiere exotischer Arten allerdings häufig nicht aufnehmen, da sie nicht über die dazu erforderlichen Haltungseinrichtungen und die spezifischen Sachkenntnisse verfügen. Ein besonderes Problem sind giftige oder andere gefährliche Tiere“, sagte der Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Wolfgang Reimer, am Freitag (12. Oktober) in Stuttgart. Das Thema müsse daher ernst genommen werden: „Jeder, der sich für exotische Tiere interessiert, ist verpflichtet, sich die Konsequenzen vorher gründlich zu überlegen. Denn Tierhalter übernehmen damit eine große Verantwortung, die bei langlebigen Tieren wie Schildkröten oder Papageien bis zu vielen Jahrzehnten bestehen kann“, appellierte Reimer.

Für beschlagnahmte oder abgegebene exotische Tiere gibt es in Baden-Württemberg nur begrenzte Unterbringungsmöglichkeiten. „Das Engagement der Tierschutzvereine und einiger privater Tierfreunde in diesem Bereich kann nicht hoch genug bewertet werden, die Kapazitäten reichen aber bei weitem nicht aus“, so Reimer. Andere Lösungen wie spezielle Schwerpunkt-Tierheime für Exoten würden derzeit geprüft.

Zum **Verbandsklagerecht** für anerkannte Tierschutzorganisationen wurde als Termin einer ersten Anhörung der 16.11.2012 bekanntgegeben.

Einige Anträge befassten sich mit **Tierversuchen**. Im Fall der sogenannten „**Waste animals**“, die als „Abfallprodukte“ in Folge neuerer Biotechniken (Gentechnik, Klonen/Somatischer Kerntransfer) anfallen,

wird die Landesregierung gebeten, sich weiterhin für eindeutige und vollziehbare strenge rechtliche Regelungen zur Verwendung von erbgutveränderten Tieren einzusetzen. Im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Tierversuchsvorhaben sollte besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, den Anfall und somit die Tötung überzähliger und nicht verwendeter Tiere zu vermeiden.

Bezüglich der **Tierschutz-Ver-suchstierverordnung** wird die Landesregierung ersucht, sich im anstehenden Bundesratsverfahren dafür einzusetzen, dass bereits diejenigen Tierversuche ohne Ausnahme verboten werden, die zu voraussichtlich „länger anhaltenden oder sich wiederholenden starken“ Schmerzen oder zu schweren Leiden oder Ängsten führen. Bisher ist ein Verbot erst bei „dauerhaften“ Schmerzen und Leiden geplant. Außerdem sollte der vom Bundesrat gestellte und von der Bundesregierung abgelehnte Antrag, Tierversuche an Menschenaffen zu verbieten, erneut in das Verfahren eingebracht werden. Auch sollte geprüft werden, ob die betäubungslose Durchführung eines Tierversuchs verboten werden kann, wenn die Schmerzen der unbetäubten Tiere sonst den Grad „schwer“ erreichen

würden.

Zur Neuregelung der **Tierschutz-Schlachtverordnung** empfiehlt der Landesbeirat, im anstehenden Verfahren im Bundesrat zu beantragen, dass der bisherige Tierschutz-Standard der geltenden Tierschutz-Schlachtverordnung keinesfalls unterschritten wird. Fehlerhafte Handlungsweisen, die bisher mit Bußgeld belegt werden können, müssten auch künftig als Ordnungswidrigkeiten verfolgt werden können.

Ein weiterer Antrag wurde zur Einrichtung von **Schwerpunktstaats-anwaltschaften für Tierschutz** gestellt. Der Grund hierfür ist, dass aus Sicht der Tierschutzorganisationen viele tierschutzrelevante Anzeigen sehr schnell eingestellt oder mit unverständlich geringen Sanktionen geahndet werden. Daher bittet der Landesbeirat das MLR und das Justizministerium, eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung durchzuführen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den für die Überwachung des Tierschutzes verantwortlichen Verwaltungsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden auszubauen und zu stärken.

Zur Durchführung einer solchen Veranstaltung hat es bereits Kontakt zwischen MLR und JuM gegeben. Es ist vorgesehen, diese Veranstal-

tung im I. Quartal 2013 durchzuführen.

Zum Thema **Wildtierhaltung im Zirkus und der Todesserie bei Zirkuselefanten** wird die Landesregierung gebeten, sich auf Bundesebene weiterhin für ein Haltungsverbot von Tieren bestimmter wildlebender Arten in Zirkussen einzusetzen. Den Kommunen sollte empfohlen werden, dem Beispiel einzelner Städte zu folgen und öffentliche Plätze nur an Zirkusunternehmen zu vergeben, die keine Wildtiere mit sich führen.

Die weiteren Tagesordnungspunkte

- Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung,
- Förderung tiergerechter Haltungssysteme sowie
- Weisungsfreiheit und sachliche Unabhängigkeit der Tierschutzbeauftragten

wurden ohne Beschlussfassung diskutiert.

Sämtliche Beschlüsse des *Landesbeirats für Tierschutz* sind auf der Internetseite des Ministeriums unter dem folgenden Link einzusehen:

www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Landesbeirat_fuer_Tierschutz/22431.html

<< Tierschutzpolitik der Bundesregierung >>

Novellierung des Tierschutzgesetzes

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die Bundesregierung erteilte in ihrer Kabinettsitzung vom 29.08.2012 den Forderungen der Länder nach mehr Tierschutz eine klare Absage. Das seit zehn Jahren im Grundgesetz verankerte Staatsziel Tierschutz ist für sie nur Makulatur.

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) blieb bei ihrer bisherigen Haltung und griff die zahlreichen Änderungsvorschläge des Bundesrats vom 06.07.2012 zu einem verbesserten Tierschutzgesetz

so gut wie nicht auf. Daran änderten bislang auch weitere Beratungen in verschiedenen Ausschüssen nichts.

Noch nicht einmal die Verbraucherinteressen für eine Kennzeichnung besonders tiergerecht erzeugter Produkte werden wahrgenommen. Die Bundesregierung sieht darin derzeit keinen Bedarf und lehnte in der Kabinettsitzung auch die von den Ländern geforderte Einführung von Tierschutzindikatoren ab. Sie sperrte sich allerdings nicht dagegen, diese künftig verstärkt zu berücksichtigen. Bevor eine entspre-

chende Ermächtigung in das Tierschutzgesetz aufgenommen werden könne, müsse jedoch ein fachliches Konzept entwickelt werden.

Auf EU-Ebene ist man da schon weiter. Die *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)* führt hierzu aus, dass die Sicherheit der Lebensmittelkette indirekt durch das Wohlergehen der Tiere beeinflusst werde. Dies sei auf die engen Verbindungen zwischen Tierschutz, Tiergesundheit und durch Lebensmittel übertragene Krankheiten zurückzuführen.

„Stressfaktoren und eine nicht artgerechte Tierhaltung können zu einer höheren Krankheitsanfälligkeit von Tieren führen. Dies wiederum kann ein Risiko für Verbraucher darstellen, etwa in Form verbreiteter, durch Lebensmittel übertragener Krankheitserreger wie *Salmonella*, *Campylobacter* und *E.coli*. Das Wohlergehen von zur Lebensmittelherzeugung gehaltenen Tieren hängt weitgehend davon ab, wie sie gehalten werden und wie der Mensch sie behandelt. Eine Reihe von Faktoren kann sich auf ihr Wohlergehen auswirken, so etwa die Unterbringung und Einstreumaterialien, das Platzangebot und die Zahl der gehaltenen Tiere, die Transportbedingungen, Betäubungs- und Schlachtmethoden sowie die Kastrierung männlicher Tiere und das Kupieren der Schwänze.“

Im Dezember 2012 soll deshalb in einer Arbeitsgruppe der EFSA untersucht werden, welche am Tier erfassbaren Indikatoren oder Maßnahmen sich eignen, um beispielsweise ihre Empfehlungen zum Tierschutz in der Schweinehaltung umzusetzen. Parallel hierzu werden Gutachten für die Rinderhaltung erstellt. Diese werden Grundlage für eine geplante neue Tierschutzgesetzgebung auf EU-Ebene sein. Das ist immerhin ein großer Hoffnungsschimmer gegenüber der völlig unzureichenden Novellierung des deutschen Tierschutzgesetzes.

So soll hierzulande das Verbot des betäubungslosen Kastrierens der Ferkel von 2017 auf 2019 verschoben werden. In der Frage des Schwänzekupierens bei Ferkeln betonte die Regierung, dass dies bereits grundsätzlich verboten sei. Der Eingriff dürfe nur dann durchgeführt werden, wenn er im Einzelfall zum Schutz des Tieres oder anderer Tiere unerlässlich sei. Dabei wird das Verbot von den Mästern routinemäßig mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit umgangen. Es soll auch künftig von den Mästern nicht verlangt werden, die vorgegebene „Notwendigkeit“ glaubhaft zu machen.

Auch bei der Forderung nach einem Sachkundenachweis für das Halten von landwirtschaftlichen

„Nutz“tieren sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf. Man wolle allerdings prüfen, in welchen Bereichen eine weitere Qualifizierung von Personen zu einer Verbesserung des Tierschutzes beitragen könne.

Ein Verbot der Pelztierhaltung wird ebenfalls abgelehnt, weil dies nach ihrer Meinung einen unzulässigen Eingriff in die im Grundgesetz verankerten Grundrechte der Berufs- und Eigentumsfreiheit darstellen würde. Das trifft auch auf die Zirkustiere zu; seit Jahren sperrt sich die Regierung dagegen, wenigstens das Halten und den Einsatz von Wildtieren zu verbieten.

Weshalb das Klonen von Tieren weiterhin zulässig sein soll, bleibt uns unverständlich.

Zustimmung fand der Vorschlag der Länder, künftig Krisenpläne für Havarien und Brände in Tierhaltungsanlagen vorzuschreiben. Dabei dürfte es allerdings weniger um das Leben der Tiere gehen als vielmehr um die dadurch anfallenden Kosten, nicht zuletzt für Versicherungen.

Auch Sodomie, also sexuelle Handlungen von Menschen an Tieren, soll künftig grundsätzlich strafbar sein. Bisher werden nur solche Fälle geahndet, bei denen ein Tier erhebliche Verletzungen erleidet oder stirbt; psychische Störungen bleiben unberücksichtigt.

Zur Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie berichteten wir bereits ausführlich in Heft 1/2012. Der Regierungsentwurf bleibt weit hinter den Gestaltungsmöglichkeiten zurück, den die EU den Mitgliedstaaten einräumt. Sowohl die Bundesrepublik als auch die EU haben es bislang versäumt, den Ausstieg aus der veralteten Methode Tierversuch einzuläutern und tierversuchsfreie Methoden sowohl finanziell als auch ideell mit Nachdruck zu fördern. Stattdessen steigen die Versuchstierzahlen jährlich an. Zu einer öffentlichen Anhörung vor dem Landwirtschaftsausschuss des Bundestags am 17.10.2012 war als Sachverständiger für den Tierschutz der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, geladen. Erneut wur-

de thematisiert, wie sehr ein Kompetenzzentrum erforderlich ist, das für die ordnungsgemäße Prüfung der Tierversuchsanträge alles notwendige Wissen aktuell bereithält (s. auch Petition Seite 21).

Selbst als Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner ein Verbot des Schenkelbrands beim Pferd einführen wollte, gab es bereits im eigenen Lager eine Mehrheit gegen diesen, Plan der schließlich gekippt wurde. Baden-Württembergs Minister Alexander Bonde ergriff deshalb die Initiative und ordnete an, dass beim Landesgestüt in Marbach die dort gezüchteten Pferde nicht mehr gebrannt werden. In seiner Pressemitteilung vom 30.10.2012 heißt es: *Der Schenkelbrand wurde in früheren Zeiten als Identifizierung der Tiere verwendet. Seit etwa drei Jahren ist EU-weit die Kennzeichnung mittels Transponder (Chip) verbindlich vorgegeben. „Eine zusätzliche Brandkennzeichnung würde dem Tier ohne vernünftigen Grund weitere Schmerzen zufügen. Dies ist ethisch nicht vertretbar“, meinte der Minister.* Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz appelliert an alle Zuchtverbände, auf den Schenkelbrand zu verzichten.

Die Tierschutznovelle wird in den kommenden Wochen weiter beraten. Bislang besteht wenig Hoffnung, dass sich gegenüber dem Regierungsentwurf noch Wesentliches ändert.

Die Bundesregierung hat eine sehr große Chance vertan, dem Tierschutz den dringend erforderlichen Stellenwert einzuräumen. Diese ablehnende Haltung zu weiterreichenden Tierschutzregelungen ist völlig inakzeptabel. Was soll man aber von einer schwarz-gelben Politik erwarten, bei der insbesondere bei der FDP Wirtschaftsinteressen weit im Vordergrund stehen! Mitleid mit dem millionenfachen Tierelend in der sogenannten Nutztierhaltung wie auch bei Tierexperimenten hat da keinen Platz!

Für die Tiere können wir deshalb nur hoffen, dass bei der nächsten Bundestagswahl die Bürger die Konsequenzen ziehen!

Indien: Neue Todesfälle bei Medikamenten-Tests

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Laut einer Presseinformation der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG) vom 27.07.2012 starben nach aktuellen Angaben der indischen Regierung 438 Probanden bei der Durchführung von klinischen Studien. Eine von der Zeitung *Business Standard* eingesehene Aufstellung des *Drugs Controller General of India* (DCGI) für 2011 würde zeigen, dass allein bei Pharma-Tests von *Novartis* 57 Testpersonen starben, gefolgt von *BAYER* und *Pfizer* mit je 20 Todesfällen und *Bristol Mayer Squibb* mit 19.

Philipp Mimkes von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* führte an, dass Pharmafirmen das Leben indischer Probanden wissentlich aufs Spiel setzen würden. Denn Recherchen vor Ort würden immer wieder zeigen, dass die Studienteilnehmer nicht über die Gefahren der getesteten Medikamente informiert würden – häufig wüssten sie nicht einmal, dass sie an einer Studie teilnehmen. Bereits im Zeitraum von 2007 bis 2010 seien bei Tests von *BAYER* 138 Inderinnen und Inder ums Leben gekommen.

Auszug aus der Pressemeldung: *Westliche Unternehmen verlagern immer mehr Medikamenten-Tests in Länder mit großer Armut-Population. Allein in Indien lassen sie derzeit etwa 1.900 Studien mit 150.000 Probanden durchführen und zahlen hierfür etwa eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Die Testpersonen sind überwiegend extrem arm und analphabetisch. Die für die Kontrolle zuständigen Ethik-Kommissionen bestehen oft nur auf dem Papier. Experten halten die offiziellen Zahlen zudem für viel zu niedrig. Dr. Chandra Gulhati von der Fachzeitschrift Medical Specialties, der die Entwicklung seit Jahren dokumentiert: „Es sind viel mehr, weil die meisten Toten gar nicht gemeldet werden. Die An-*

gehörigen wissen nicht, dass die Verstorbenen Teil einer Studie waren. Es wird nicht ermittelt, es finden keine Obduktionen zur Ermittlung der Todesursache statt“.

Eine vom indischen Parlament beauftragte Untersuchungskommission stellte zudem gravierende Mängel bei der Arzneimittel-Aufsichtsbehörde CDSCO fest: „Über Jahrzehnte hinweg hat sie vor allem den Interessen der Pharma-Industrie gedient und darüber die Interessen der VerbraucherInnen vernachlässigt“, resümiert der Bericht. So hat die CDSCO sich beispielsweise in Zulassungsverfahren für Medikamente auf Gutachten von Experten verlassen, denen die Pillen-Riesen die Hand geführt haben. Als ein Beispiel nennt der Report Xarelto von BAYER mit dem Wirkstoff Rivaroxaban: „Die drei Expertisen (...) für Rivaroxaban (BAYER), eine Arznei zur Blutverflüssigung, sind fast identische Kopien.“

Die CBG fordert seit langem, dass im Ausland durchgeführte Studien konsequent überprüft werden. Bei Verstößen gegen die in der Deklaration von Helsinki formulierten Standards müssten Konsequenzen gezogen und die entsprechenden Studien auch nachträglich aus den Zulassungsverfahren verbannt werden. Notfalls müssten auch Zulassungen entzogen werden.

Unter dem Titel „Indien: Gefährliche Medikamenten-Tests großer Pharmaunternehmen“ lief auf RTL/Vox am 24.07.2012 eine Fernsehreportage. Die Sendung kann unter folgendem Link angesehen werden: www.cbgnetwork.de/4589.html

Weitere Informationen unter: www.cbgnetwork.de/4119.html

Methodenkritik Tierversuch

Allen Medikamententests waren selbstverständlich Tierversuche vorausgegangen. Hier beweist sich tra-

gischerweise erneut, dass die Übertragung von Ergebnissen aus Tierversuchen auf den Menschen keine Sicherheit bietet. Die Kritik an der Methode Tierversuch nimmt erfreulicherweise immer mehr zu. So haben Untersuchungen der amerikanischen Arzneimittelbehörde (FDA) ergeben, dass 92 Prozent der potenziellen Medikamente, die sich im Tierversuch als wirksam und sicher erwiesen haben, nicht durch die klinische Prüfung kommen, da sich beim Menschen entweder keine oder aber eine unerwünschte Wirkung ergibt. Auch im folgenden Bericht über REACH wird die Methode Tierversuch kritisiert.

In ihrer Pressemitteilung vom 29.10.2012 weist die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* darauf hin, dass der Pharmariese *BAYER* im Jahr 2010 nach eigenen Angaben 192.412 Tiere verbraucht hätte, im Jahr 2011 sogar 199.636. Die Tiere sterben für die Entwicklung von Medikamenten, Tierarznei- und Pflanzenschutzmitteln oder Industriechemikalien. Neben eigener Forschung beauftragt *BAYER* auch externe Dienstleister mit der Durchführung von Tierversuchen. Rund 90 Prozent davon sind Mäuse, Ratten, Kaninchen, Meerschweinchen und Hamster. Aber auch Hunde, Katzen, Vögel, Affen oder Schweine sterben unter anderem in Giftigkeitstests.

In der Pressemitteilung heißt es weiter:

Studien belegen, dass die Unternehmen schädliche Nebenwirkungen von Wirkstoffen häufig unter den Tisch kehren, indem sie nur „positive“ Studien veröffentlichen. Gelangen Informationen über schwerwiegende oder tödliche Nebenwirkungen eines Präparates an die Öffentlichkeit, versuchen die Pharmafirmen meist dies zu vertuschen.

BAYER tat das beispielsweise im

Fall des Blutstillungspräparats Trasyolol, das schon seit Anfang 2006 in der Kritik stand. Eine kanadische Studie mit über 4.300 Bypass-Patienten hatte eine erhöhte Sterberate und ein doppelt so hohes Risiko für Nierenversagen im Vergleich zur Nichtbehandlung ergeben. Auch einer von BAYER selbst in Auftrag gegebenen Untersuchung mit 67.000 Patienten zufolge treten verstärkt schwere Nierenschäden, Herzversagen und Schlaganfälle mit Todesfolge auf, weshalb das Unternehmen die Ergebnisse gegenüber der FDA zunächst verschwiegen hatte.

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) entzog 2007 die Zulassung für das Medikament. Allerdings hob die europäische Arzneimittel-Behörde EMA im Frühjahr 2012 den Bann wegen angeblicher Fehler in der Studie wieder auf.

Beim als Schwangerschaftstest eingesetzten Hormonpräparat Duogynon des Berliner Unternehmens Schering, das heute zu BAYER gehört, kam es verstärkt zu Fehlgeburten und schweren Missbildungen von Kindern. Aus internen Dokumenten geht hervor, dass der Pharmafirma die fatalen Nebenwirkungen bereits seit 1967 bekannt waren. Das Bundesgesundheitsministerium sprach erst 1978 eine offizielle Warnung

aus, das Medikament war bis 1980 zugelassen.

Der Ärzteverein warnt: „Solange sich die Entwicklung und Marktzulassung von Arzneien weiterhin auf die angebliche Sicherheit durch Tierversuche stützt, wird es bei BAYER und anderen Pharmakonzernen auch künftig Medikamentenskandale geben.“

Anfrage an die Bundesregierung

Die Linke richtete an die Bundesregierung folgende Kleine Anfrage: „Todesfälle bei klinischen Studien deutscher Pharmaunternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern“, wobei sie sich auf weitere Quellen berief. Die Bundesregierung antwortete am 02.10.2012 (Drucksache 17/10911).

Aus der Vorbemerkung: *Nach den einschlägigen EU-rechtlichen Vorgaben (Richtlinie 2001/83/EG) müssen Antragsteller einer arzneimittelrechtlichen Zulassung eine Erklärung abgeben, dass außerhalb der Europäischen Union durchgeführte klinische Prüfungen unter ethischen Bedingungen durchgeführt werden, die mit den ethischen Bedingungen der Richtlinie 2001/20/EG gleichwertig sind.*

Daten aus Studien, von denen bekannt sei, dass die Grundsätze des Arzneimittelgesetzes (AMG) nicht

eingehalten wurden, seien für eine Zulassung nicht verwertbar. Verstöße würden dazu führen, dass die gewonnenen Daten im Rahmen eines arzneimittelrechtlichen Zulassungsverfahrens nicht akzeptiert werden.

Auf die Frage, ob den deutschen Behörden Informationen zu Schadensfällen vorliegen würden, die bei klinischen Studien deutscher Unternehmen im Ausland auftraten, antwortete die Bundesregierung, dass grundsätzlich bei Prüfung der Zulassung auch die beobachteten Nebenwirkungen analysiert würden. In der Datenbank über unerwünschte Arzneimittelwirkungen seien aktuell ca. 80.700 Berichte aus klinischen Prüfungen aus dem Nicht-EU-Ausland registriert, davon 1.853 aus Indien.

Bezüglich der Übertragbarkeit von Daten, die in nichteuropäischen Ländern gewonnen wurden, heißt es, dass diese vom jeweiligen Einzelfall abhängen würde. Entscheidend könnten hierbei unter anderem Alter, Gewicht, Vorerkrankungen, Ethnizität, Nahrungsgewohnheiten und Behandlungsstandards in den jeweiligen Ländern sein.

Schön, wenn es so wäre. Theorie und Praxis sind eben zweierlei.

Die komplette Drucksache können Sie im Internet abrufen unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/109/1710911.pdf>

REACH – Ein sinnloses Tiermassaker? Fachartikel kritisiert Vorgehensweise bei Chemikaliertestung

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 07.08.2012

Das EU-Chemikalienüberprüfungsprogramm REACH sei ein gut gemeinter, aber wissenschaftlich verfehlter Versuch, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor den Auswirkungen giftiger Chemikalien zu schützen, so das Fazit eines heute im *Peer Review Journal ‚Medicolegal and Bioethics‘* veröffentlichten Berichts. Die Autoren, Wissenschaftler aus Frankreich und Italien, kritisieren, dass sich die EU bei der Beurteilung von Chemikalien auf unzuverlässige Tierversuchsergebnisse verlässt.

Die EU-Chemikalienrichtlinie REACH steht für Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien und sieht vor, tausende Chemikalien auf ihre Sicher-

heit für Mensch und Umwelt zu überprüfen. Die Autoren des Artikels halten Tierversuche für ungeeignet, menschliche Reaktionen vorherzusagen und fürchten, dass trotz eines Tiermassakers die öffentliche Gesundheit weiterhin durch Auswirkungen giftiger Chemikalien gefährdet sein wird.

So waren von 1.500 Substanzen, die bei Tieren zu Missbildungen der Jungen führten, nur 40 auch bei Menschen embryoschädlich. Als Beispiel wird *Bisphenol A* angeführt, ein Weichmacher, der in Verdacht steht, Schäden bei der Fortpflanzung zu verursachen. In der wissenschaftlichen Literatur findet man widersprüchliche Angaben zur Reproduktionsgiftigkeit der Substanz, je nachdem, welche Tierarten oder welche Zuchtlinien von Ratten und Mäusen verwendet wurden.

Als Hauptgrund für die Unzuverlässigkeit von Tierversuchsergebnissen nennen die Autoren, dass Lebe-

wesen, insbesondere Säugetiere, sehr komplexe Systeme mit spezifischen Eigenschaften seien, die nicht die Reaktion eines anderen komplexen Systems vorher sagen können. So reagieren verschiedene Mauslinien ganz unterschiedlich auf das Ausschalten bestimmter Gene. Auch beim Menschen kann eine Arzneimittelwirkung je nach Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit verschieden ausfallen.

„REACH schießt sich selbst ein Eigentor“, erklärt André Menache vom französischen wissenschaftlichen Komitees *Antidote Europe* und einer der Autoren des Fachartikels. „Zwar legt REACH die Beweislast den Herstellern auf, die die Sicherheit ihrer Produkte beweisen müssen, verlangt dies aber mittels ungeeigneter Prüfmethoden.“

„Das Vorhandensein von fast 300 Industriechemikalien im Nabelschnurblut von Neugeborenen zeugt von

einer gescheiterten Schadstoffbekämpfungsstrategie. Dabei sollten sich die EU-Gesundheitsbehörden doch auf die Schadstoffvermeidung konzentrieren“, so André Menache weiter.

Die Autoren des Berichts fordern, bei der Risikobewertung von Chemikalien statt Tierversuchen moderne toxikologische Methoden einzusetzen. Beispielsweise wird beim Biomonitoring das Vorkommen von schädlichen Substanzen in der Bevölkerung aufgespürt. „Schädliche Chemikalien, die im Blut von Erwachsenen, Nabelschnüren oder Urinproben gefunden werden, müssen verboten werden“, resümiert Menache.

Der bundesweite Verein *Ärzte gegen Tierversuche* betreibt seit 2010 ein Projekt, um REACH-Tierversuche zu verhindern. Dabei fahnden Toxikologie-Experten nach bereits vorhandenen Daten zu Chemikalien, die im Rahmen von REACH an Tieren getestet werden sollen.

Stoppt das Massaker an Affen in Mauritius

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* informierte darüber, dass eine verdeckte Recherche ihres britischen Partnervereins *BUAV (Britische Union für die Abschaffung der Tierversuche)* erneut unhaltbare Zustände bei der Affenzuchtfarm *Noveprim* auf Mauritius feststellte. Auf der paradisischen Urlaubsinsel werden Affen in Fallen gefangen und ihren Familien grausam entrissen. Von den Fallenstellern werden sie teilweise misshandelt und tagelang unter entsetzlichen Bedingungen gehalten, bis sie in die Zuchtstationen gebracht werden. Dort werden sie auf kahlen Betonböden für Versuchslabors gezüchtet und in alle Welt verkauft.

BUAV berichtete, dass männliche Affen, die über 4 kg wiegen, getötet werden, da die Labors nur Tiere bis zu einem Gewicht von 3,5 kg annehmen. Ebenso würden schwangere Weibchen und Jungtiere als Überschuss getötet, wenn sie nicht verkauft werden können.

Dabei sind diese Langschwanzmakaken (*Macaca fascicularis*) eigentlich durch das *Washingtoner Artenschutzübereinkommen* international geschützt. Der Handel mit diesen Affen ist jedoch ein sehr einträgliches Geschäft! Mauritius ist nach China weltweit der zweitgrößte Exporteur dieser Makaken und verkauft jedes Jahr etwa 10.000 Tiere an die Tierversuchsindustrie.

Die Zuchtanstalt *Noveprim* gehört zu 47 Prozent der Firma *Covance*.

Der amerikanische Konzern unterhält Auftragslabors in aller Welt, darunter auch in Münster (Westfalen). Dort werden jährlich zwischen 1.000 und 2.000 Affen Giftigkeitsprüfungen ausgesetzt. Ihnen werden Chemikalien oder Medikamente mit einem Schlauch in den Magen gepumpt oder in die Blutbahn injiziert. Zuletzt werden die Tiere getötet.

Über das »grausame Geschäft mit Affen« gibt es von *BUAV* ein Video unter Bearbeitung vom *Deutschen Tierschutzbund* und der *Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche* in deutscher Synchronisation. Es ist im Internet zu sehen unter:

<http://www.youtube.com/watch?v=aYpsp0YxvYA>



Die Aufnahmen zeigen tote Affen, die auf dem Fußboden gestapelt liegen und wie Müll in Eimer geworfen sind. Viele der Tiere sind aufgeschnitten oder verstümmelt.

Fotos: *BUAV*

Bitte helfen Sie mit, das grausame Geschäft mit den Makaken zu beenden!

Aktion: Schreiben Sie einen Brief oder eine Mail an die Botschafterin von Mauritius, Frau Seeneevassen-Frers.

Musterbrief

(Sie können den Brief auch gerne abändern oder einen eigenen verfassen. Bitte aber höflich bleiben!)

*Exzellenz, sehr geehrte Frau
Botschafterin Seeneevassen-Frers,
als ich erfahren habe, dass auf Mau-*

ritius wildlebende Affen grausam gefangen werden, um in Zuchtstationen Nachwuchs zu erzeugen, der an Versuchstierlabors verkauft wird, war ich entsetzt. Das passt mit meinem bisherigen Bild vom Inselparadies Mauritius nicht zusammen!

Erschwerend kommt hinzu, dass die Zuchtanstalt Noveprim auf Mauritius Hunderte Affen als Überschuss tötet, darunter schwangere Weibchen, Jungtiere und zu schwere Männchen, die von Versuchslabors nicht mehr gekauft werden. Foto- und Videoaufnahmen zeigen tote Affen, die übereinander gestapelt auf dem Fußboden oder in Mülleimern liegen. Ich bin über diese Zustände zutiefst schockiert.

Der barbarische Umgang mit Affen fügt dem internationalen Image Ihres Landes massiven Schaden zu. Solange diese Grausamkeiten fortbestehen, kommt Mauritius für mich als Urlaubsland keinesfalls in Frage. Ich werde auch alle meine Freunde entsprechend informieren.

Ich bitte Sie nachdrücklich, sich bei der Regierung Ihres Landes dafür einzusetzen, dass der grausame Umgang mit den Affen beendet und die Zucht und der Handel mit Affen für Tierversuchslabors gestoppt wird. Die gefangenen Affen sollten in die Freiheit entlassen werden.

*Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift)*

Kompetenzzentrum statt Tierversuche

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Unter diesem Motto läuft derzeit eine Online-Petition unseres Bundesverbands *Menschen für Tierrechte* an die Bundesregierung. Darin wird die Einrichtung eines nationalen Zentrums gefordert, das bei Tierversuchen eklatante Informationsdefizite beseitigen und eine einheitliche, aktuelle und objektive Beurteilung von Tierversuchsvorhaben ermöglichen soll. Zudem soll es der Verbreitung tierversuchsfreier Verfahren dienen. Die Einrichtung drängt jetzt besonders, da ab 2013 zusätzliche EU-Kriterien bei der Beurteilung von Tierversuchen anzuwenden sind. Das künftige Institut soll von Bund und Ländern getragen werden.

Im Tierschutzrecht ist festgelegt, dass Tierversuche nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn es keine tierversuchsfreien Verfahren gibt, die Versuche unerlässlich und zudem im Sinne des Tierschutzgesetzes ethisch vertretbar sind. Ob ein Experiment diese Voraussetzungen erfüllt, muss derzeit von Behörden und Tierexperimentatoren nach eigenem Ermessen ermittelt werden. Die Behörden leiden jedoch unter personeller Unterbesetzung und stehen unter Zeitdruck – ein unhaltbarer Zustand! Zudem fehlen einheitliche Bewer-

tungsmaßstäbe. Abhilfe kann nur ein zentraler Wissenspool leisten, der qualifiziert und kurzfristig Auskunft gibt.

Bislang informiert ZEBET, die *Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Tierversuchen*, die im heutigen *Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)* angesiedelt ist, über Alternativmethoden zu Tierversuchen. Sie leidet jedoch seit ihrer Gründung 1989 sowohl an Personal als auch an Geldmangel und kann deshalb diesen Aufgabenkomplex nicht bewältigen.

Daher ist dringend ein weiteres Kompetenzzentrum erforderlich, damit die Prüfung der Tierversuchsanträge endlich nach einheitlichen Kriterien und nach aktuellem Kenntnisstand erfolgen kann. Die riesigen Wissensgebiete können unmöglich von einzelnen Behördenvertretern überblickt werden. Nicht zuletzt forderten daher Tierschutzorganisationen, den zuständigen Behörden detailliertere Leitlinien für die Überprüfung und Bewilligung von Tierversuchsanträgen zur Verfügung zu stellen.

Wenn in wenigen Monaten die neuen Vorschriften der *EU-Tierversuchsrichtlinie* anzuwenden sind, ist dies nur mit einem Kompetenzzentrum leistbar.

Aktion: Bitte fordern Sie die Einrichtung eines zentralen Kompetenzzentrums und unterzeichnen Sie die Online-Petition unter:

<http://www.tierrechte.de/petition-kompetenzzentrum-statt-tierversuche>

Wichtiger Hinweis: Unser Bundesverband und auch wir lehnen Tierversuche aus ethischen, medizinischen und methodischen Gründen ab. Das Hauptziel ist der vollständige Ausstieg aus dem Tierversuch. Eine wirkungsvolle Strategie, um dieses Ziel zu erreichen, ist die konsequente Förderung der tierversuchsfreien Forschung.

Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums steht dazu nicht im Widerspruch. Denn nur ein solches Zentrum ermöglicht es, dass bei der Prüfung von Tierversuchsanträgen geltendes Recht und aktuelle Wissensstände in vollem Umfang und nach einheitlichen Kriterien angewendet werden. Durch das Bereitstellen der jüngsten Forschungsentwicklungen würde das Kompetenzzentrum unmittelbar zur Reduktion von Tierversuchen und zur Verbreitung tierversuchsfreier Methoden beitragen.

EUSAAT-/Linz-Kongress für Alternativen zum Tierexperiment

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Der jährliche Linzer Kongress für Alternativen zu Tierexperimenten fand vom 05.09. bis 08.09.2012 zum 17. Mal statt. Veranstaltet wird er von der EUSAAT (*European Society for Alternatives to Animal Testing*), der Europäischen Gesellschaft für Alternativen zum Tierversuch. Die Tagung ist von großer Bedeutung, denn der Weltkongress zu Alternativen und Tiereinsatz in den Lebenswissenschaften wird nur alle drei Jahre durchgeführt; der nächste findet 2014 in Prag statt. Der Linzer Kongress bietet daher eine gute Möglichkeit, sich fachlich-kritisch und direkt zu Ergebnissen neuer tierversuchsfreier Methoden auszutauschen und zu informieren. Vor allem bietet er auch den Nachwuchswissenschaftlern die Chance, ihre Forschungsergebnisse einem breiteren Fachpublikum vorzustellen.

Ein aktueller, wichtiger Schwerpunkt war die Vorstellung neuer Methoden im Bereich der Kosmetik, denn die Europäische Kommission denkt noch über Ausnahmen für das endgültige Verkaufsverbot für an Tieren getestete Kosmetik in Europa nach, das nächstes Jahr in Kraft treten soll.

Neben renommierten Wissenschaftlern aus 15 verschiedenen Ländern waren auch einschlägige Unternehmen, die sich besonders durch innovative Investitionen in Ersatzmethoden zu Tierversuchen auszeichnen, vertreten. Außerdem nahmen forschende und vor allem evaluierende Behördenvertreter, auch von der Europäischen Kommission, sowie mehrere nationale und international tätige Tierschutzorganisationen teil. Erfreulich war, dass sich immer mehr osteuropäische Länder durch hohe wissenschaftliche Leistungen auszeichnen.

InVitroJobs stellte ebenfalls ein Poster auf dem Kongress aus und informierte über die gegenwärtigen Entwicklungen der beiden Projekte *InVitroJobs* und *SATIS* unseres Bundesverbandes.



Dr. Christiane Hohensee von *InVitroJobs* erklärt Managing Director Horst Fuchs von *Cellsystems* die Entwicklung der Projekte.

Foto: Norbert Alzmann

Aus der Fülle der Informationen können hier nur einige Beispiele aufgezeigt werden. Schon die EUSAAT-Veranstaltung zu Innovationen und Anwendungen des embryonalen Stammzellentests bot sehr interessante neue Erkenntnisse bei der Forschung von teratogenen (Missbildungen erzeugenden) Substanzen, beispielsweise zur Klärung des Mechanismus der Missbildungen von Gliedmaßen durch den *Contergan*-Wirkstoff *Thalidomid*. Heute, nach 50 Jahren dieses furchtbaren Ereignisses, ist die Wissenschaft mit der Nutzung embryonaler Stammzellen in der Lage, einen biochemischen Mechanismus darzustellen, der bei der Störung der Gliedmaßenentwicklung eine Rolle spielt.

Auf der Tagung wurden unter anderem mehrfach die Artenunterschiede thematisiert: Prof. Ellen

Fritsche vom *Leibniz Institut für Umweltmedizin* informierte über die artspezifischen Unterschiede in Stoffwechselsignalwegen am Beispiel der Differenzierung von Nervenvorläuferzellen in Neuronen. Als Modell nutzte sie dreidimensionale Zellkulturmodelle aus Nervenvorläuferzellen, die in Kultur wachsen und in die Zellkultur-Umgebung wandern können, wo sie sich weiter entwickeln.

Das Unternehmen *Primacyt* hat in Zusammenarbeit mit der *Universität Greifswald*, der *Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Tübingen* und der *Charité Berlin* primäre Hepatozyten (Leberzellen) untersucht. Sie wurden mit Leberzellen von nicht-humanen Primaten, dem Hund, der Ratte und dem Menschen verglichen. Die Wissenschaftler nahmen eine artspezifische Charakterisierung der Transportkanäle durch Vergleich der Aufnahmen verschiedener Substrate vor, die bei Medikamententests eingesetzt werden. Alle Leberzellen verhielten sich mehr oder weniger unterschiedlich in Abhängigkeit von Temperatur und Substrat. Die Ergebnisse zeigten, dass die Transporter-Studien der Hepatozyten mit dem Tier nicht ohne Weiteres auf den Menschen übertragen werden können.

Das saarländische Unternehmen *Across Barriers* stellte ein humanes *Comea-Modell* (Hornhaut des Auges) vor, das geeignet ist, neue oder modifizierte Augenmedikamente sowie die Verträglichkeit von Konservierungsstoffen in diesen Medikamenten zu testen, um Tierversuche zu reduzieren. Untersucht wird mit diesem Modell, wie Substanzen durch die Hornhaut hindurch zum Wirkungsort des Auges gelangen können.

Vielversprechend ist auch die Entwicklung des *Skin-Sensitisationstests*

(Hautsensibilisierungstests) von *BASF*, das von Dr. Robert Landsiedel vorgestellt wurde. Hier werden drei Tests zu einer Teststrategie miteinander kombiniert. Im Gegensatz zu den Einzeltests liegt ihre Genauigkeit nach Prüfung von 54 Substanzen bei 94 Prozent – ein hervorragendes Ergebnis. Das Verfahren befindet sich bereits in der Validierung beim *European Laboratory for the Validation of Alternative Methods (EURL-ECVAM)*. Allerdings wird *ECVAM* die Validierung wahrscheinlich bis zum Beginn 2013 noch nicht beendet haben, wenn die letzte Stufe der *EU-Kosmetikrichtlinie* in Kraft tritt. *BASF* wird die Testkombination jedoch bereits im eigenen Hause einsetzen und abwarten, wie die *Europäische Chemikalienagentur ECHA* darauf reagiert. Der Test soll zur Identifizierung von Substanzen dienen, die zu einer allergischen Kontaktdermatitis führen können.

Auch in der Grundlagenforschung haben sich Wissenschaftler mit humanspezifischen Methoden auseinandergesetzt. Für Prof. Mark Cunningham aus Newcastle ist Epilepsie lediglich eine abnormale elektrische Aktivität im Gehirn. So nutzt er dünne Hirnschnitte, die vom menschlichen Großhirngewebe angefertigt werden, um neue Einblicke in die Aufklärung von Epilepsie zu gewinnen.

Im Rahmen des Kongresses wur-

den mehrere Preise verliehen:

Einer der beiden *EUSAAT* Poster-Awards ging an eine Forschergruppe von *BASF* für den vorhin geschilderten Beitrag zur Entwicklung des *Skin-Sensibilisationstests*.



Den Preis nahm Dr. Tzutzy Ramirez Hernandez entgegen.

Zweiter Preisträger war die *University of Applied Sciences* in Utrecht.



Dr. Stefan von Vaessen nahm den Preis entgegen.

Fotos: Christiane Hohensee

Der *ALTEX-Award 2012* für die herausragendste Publikation aus dem Jahre 2011 wurde an Dr. Erwin van Vlieth für seinen Artikel „Current standing and future prospects for the technologies proposed to transform toxicity testing in the 21st century“ verliehen. Dabei handelt es sich um eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Forschung und um zukünftige Technologieperspektiven, mit denen das amerikanische Konzept „Toxicology in the 21st Century“ (Giftkunde im 21. Jahrhundert) umgesetzt wird. Über dieses 70 Millionen-Dollar-Programm der US-Gesundheitsbehörde berichteten wir bereits in unserer letzten Ausgabe.

Die englische Tierschutzorganisation *Four Paws* zeichnete eine Gruppe Wissenschaftler aus für die Entwicklung des *EpiOcular-Tests* zur Identifizierung und Kennzeichnung von augenreizenden Chemikalien, der insbesondere hinsichtlich der Anforderungen der EU-Kosmetik- und Chemikalienrichtlinie von Bedeutung ist.

Sämtliche Beiträge können derzeit im Internet in Abstractform, allerdings nur in englisch, nachgelesen werden unter:

http://www.eusaat.org/images/2012/abstracts_eusaat_2012_final.pdf

Hessischer Tierschutz-Forschungspreis: drei Forschergruppen geehrt

Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Pressemitteilung vom 11.09.2012

Der *Bundesverband Menschen für Tierrechte* begrüßt die heutige Vergabe des Hessischen Tierschutz-Forschungspreises. Die Auslobung eines solchen Preises erfüllt eine Forderung des Verbandes an Bund und Länder, tierversuchsfreien Verfahren gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit zu verleihen. Außer der Bundesregierung vergeben bisher nur Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hessen entsprechende Preise. Wenige ähnliche Preise werden sonst nur durch private

Sponsoren vergeben.

Hessens Umweltministerin Lucia Puttrich ehrt heute drei Forschergruppen für ihre tierversuchsfreien Entwicklungen zur Erforschung der Atherosklerose-Testung von Medikamenten und Prüfungen von Implantaten. Das Preisgeld von 15.000 Euro teilen sich Dr. Sascha Meyer dos Santos vom *Institut für Klinische Pharmakologie* der *Universität Frankfurt am Main* und der Ingenieur Andreas Daus von der *TU Darmstadt*. Geehrt wird zudem das Team Prof. Wolfgang Kleinekofort von der *Hochschule Rhein-Main* und Prof. Friedemann Völklein von der *FH Wiesbaden*.

„Die prämierten Forschungen zeigen die Innovationsvielfalt auf dem Gebiet der In-vitro-Ersatzmetho-

den. Sie verhindern Tierleid und stehen für eine elegante, leistungsstarke Wissenschaft. Wir drängen jetzt darauf, dass diese Methoden schnellstens evaluiert werden, damit sie breite Anwendung finden und nicht in der Schublade verschwinden“, so die Biologin Dr. Christiane Hohensee vom Projekt *InVitroJobs* des Bundesverbandes.

Dr. Meyer dos Santos hat Bedeutsames für die Atheroskleroseforschung entwickelt: Eine Methode, mit der ein Andock-Mechanismus von Thrombozyten in verletzten Blutbahnen aufgeklärt werden konnte. Anstelle von gentechnisch veränderten Mäusen nutzt der Forscher ein sogenanntes Flusskammersystem mit humanen Blutgefäßen, die aus Bypassoperationen stammen. „Die Arbeit zeigt, dass die Atheroskleroseforschung höchst kompliziert ist und erforderlich macht, einzelne Mechanismen isoliert vom Gesamtorganismus zu untersuchen. Ein gentechnisch verändertes Tier kann das gar nicht leisten“, so Dr. Christiane Hohensee.

Andreas Daus entwickelte einen Biosensor auf der Basis dreidimensionaler Zellkultursysteme, womit pharmakologisch wirksame Stoffe oder nicht-ionisierende Strahlung getestet werden können. Mit einer einzigartigen Rotationseinrichtung schaffte es der Ingenieur, Herz- und Nervenzellen zu 3D-Gebilden, den sogenannten Sphäroiden, zu formen. An diese wurden dann Mikroelektroden zur Messung von zellulären Prozessen (Aktionspotenziale) angeschlossen.

Prof. Wolfgang Kleinekofort und Prof. Friedemann Völklein konstruierten ein Verfahren, das die Wärme-

produktion von Zellverbänden auf Implantatoberflächen messen kann. Zur Testung der Langzeitverträglichkeit von Implantaten müssen bisher Tiere in den Versuch. Mit Hilfe eines entwickelten Mikrosensors lassen sich nun außerhalb eines Organismus Vitalität, Zellbeeinträchtigungen und Abstoßungsreaktionen feststellen. Die Methode ermöglicht, Temperaturschwankungen im Bereich weniger Zehntausendstel Grad zu messen.



Prof. Wolfgang Kleinekofort (links) und Prof. Friedemann Völklein mit Umweltministerin Lucia Puttrich

Foto: Christiane Hohensee

Ein ausführlicher Beitrag über die Preisverleihung steht unter: www.invitrojobs.com

Neue Professur für Alternativmethoden zum Tierversuch in Berlin

Marie-Luise Strewe, stellv. Vorsitzende

Prof. Gilbert Schönfelder vom *Institut für Klinische Pharmakologie und Toxikologie an der Charité* wird ab 01.10.2012 auch die Leitung der Abteilung *Experimentelle Toxikologie* und der *Zentralstelle zur Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET)* übernehmen, die beide am *Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)* angesiedelt sind. Das gaben die *Charité* und das *BfR* am 01.10.2012 bekannt.

Ziel der zukünftigen engen Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern der Abteilung *Experimentelle Toxikologie* am *BfR* und der *ZEBET* ist es, den Einsatz von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken weiter zu reduzieren und Alternativen zum Tierversuch zu entwickeln.

„Durch die Ernennung von Prof. Gilbert Schönfelder wird die universitäre Forschung mit der Ressortforschung des Bundes im Interesse des gesundheitlichen Verbraucherschutzes weiter vernetzt“, sagte Prof. Andreas Hensel, Präsident des *BfR*. „Die über Jahrzehnte gewonnene Expertise der *ZEBET* wird durch die entstehenden Synergieeffekte ergänzt und gestärkt.“

Auch künftig sollen laut Prof. Schönfelder die Schwerpunkte seiner Arbeit in der Molekularen und Experimentellen Toxikologie liegen. So sollen die molekularen Wirkungsmechanismen von Chemikalien auf Organ- und Zellebene aufgeklärt und damit die Grundlage für die Entwicklung und Validierung von Methoden geschaffen werden, die die bisherigen, für die Sicherheitsbewertung

von Chemikalien gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuche ersetzen sollen. Weitere Forschungsschwerpunkte sollen auf dem Gebiet der Reproduktions- und Entwicklungstoxikologie liegen.

Außerdem soll die gemeinsame Berufung des *BfR* und der *Charité* die Gebiete Forschung und Nachwuchsförderung noch enger miteinander verzahnen. Wissenschaftliche Konzepte, wie beispielsweise das sogenannte „3R-Prinzip“, sollen verstärkt in der Grundlagenforschung der Universitäten berücksichtigt werden. Besonders auch die Forschung zum Refinement (Verminderung und Vermeidung von Leiden und Schmerzen der Versuchstiere) soll verstärkt werden. Weitere Aufgaben sieht das *BfR* in der Verknüpfung der Aufgabenschwerpunkte innerhalb der Ab-

teilung und der wissenschaftlichen Beratung der Bundesministerien. Schönfelder wird das BfR auch in einschlägigen nationalen und internationalen Gremien vertreten.

Über das BfR

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist eine wissenschaftliche Einrichtung im Geschäftsbereich

des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Es berät die Bundesregierung und die Bundesländer zu Fragen der Lebensmittel-, Chemikalien- und Produktsicherheit. Das BfR betreibt eigene Forschung zu Themen, die in engem Zusammenhang mit seinen Bewertungsaufgaben stehen. Mit der Novellierung des Tierschutzgesetzes wird das BfR ab

2013 auch in die Umsetzung der Tierschutzgesetzgebung involviert sein. Dort wird der nationale Ausschuss für den Schutz von Versuchstieren seinen Sitz haben, der die zuständigen Behörden und Tierschutzbeiräte in versuchstierkundlichen Fragen berät, und von dort aus werden auch die nichttechnischen Zusammenfassungen genehmigter Tierversuchsvorhaben veröffentlicht werden.

<< Die Welt muss vegetarischer werden >>

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Wissenschaftlern des *Stockholm International Water Institutes (SIWI)*. Die Studie wurde anlässlich der *Weltwasserwoche* vorgestellt, die vom 26.08. bis 31.08.2012 in Stockholm stattfand. Die Konferenz wird jährlich seit 1991 vom *SIWI* organisiert. Dieses Jahr nahmen mehr als 2.000 Wissenschaftler, Politiker, Vertreter von Unternehmen und internationalen Organisationen teil und diskutierten über das Thema Wasser und Ernährungssicherheit. Zentrales Thema war, wie man möglichst wenig Wasser bei der Produktion von Lebensmitteln verwendet.

Den Angaben der Wissenschaftler zufolge werden aktuell etwa 70 Prozent des Wassers in der Landwirt-

schaft verbraucht. Durch den Klimawandel und gleichzeitig steigende Bevölkerungszahlen würde sich die Wasserknappheit in vielen Regionen der Erde erhöhen. „*Es wird nicht genug Wasser für die landwirtschaftlichen Flächen geben, um 2.050 eine Bevölkerung von neun Milliarden Menschen zu ernähren, wenn wir zulassen, dass sich der gegenwärtige Trend zur Übernahme der westlichen Ernährungsgewohnheiten fortsetzt*“, warnte Malik Falkenmark, einer der Autoren der Studie.

Derzeit wird bereits ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen für den Futteranbau verwendet. Insbesondere in den aufstrebenden Schwellenländern würde der Fleischkonsum rasant wachsen. Um die Tiere zu ernähren, würde ein Vielfaches an landwirtschaftlicher Fläche und Wasser-

reserven gebraucht, als für eine pflanzliche Ernährung nötig wäre.

Weltweit stammen aktuell rund 20 Prozent der für die menschliche Ernährung nötigen Proteine aus tierischen Quellen – mit wachsender Tendenz. Um die Weltbevölkerung auch künftig ernähren zu können, müsste dieser Anteil bis zum Jahr 2050 auf fünf Prozent schrumpfen. Das bedeutet, dass sich die Menschen in den kommenden 40 Jahren fast vollständig auf eine vegetarische Ernährung umstellen müssten, um Lebensmittelknappheit und Hunger zu vermeiden.

Als Grund für ihre Forderung verweisen die Wissenschaftler auf die zunehmende Wasserknappheit in vielen Regionen der Erde.

Hoffentlich werden die Menschen bald einsichtig!

Fleischkonsum deutlich problematischer als Biosprit

Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Pressemitteilung vom 21.08.2012

Massive Ernteausfälle drohen weltweit die Preise für Nahrungsmittel ansteigen zu lassen, was zu Hungersnöten in ärmeren Ländern führen könnte. Politiker, Umweltschützer und Industrie sprechen sich daher gegen die Verwendung von Nahrungsmitteln für die Produktion des *Biosprits E10* aus. Nach Meinung des Bundesverbandes *Menschen für Tierrechte* geht die derzeitige Diskussion am Kern des Problems vorbei: der Nahrungsmittelvernichtung durch die Fleischproduktion.

In seltener Eintracht engagieren sich Entwicklungs-

minister Dirk Niebel, Vertreter von Umweltverbänden und Industrie für einen Verkaufsstopp des *Biosprits E10*, um steigende Nahrungsmittelpreise durch die Gewinnung von Bioethanol zu verhindern. Dem Bundesverband *Menschen für Tierrechte* geht dies nicht weit genug. Zwar sei die Verwendung von potenziellen Nahrungsmitteln für die Produktion von Biokraftstoffen problematisch, verglichen mit der Verschwendung von Fläche und Nutzpflanzen für die Fleischproduktion sei der Einfluss des *Biosprits* jedoch sehr gering.

So werden in den Industriestaaten 70 % der Maisernte als Tierfutter verwendet, aber nur 3 % als Nahrungsmittel für Menschen. Ähnliches gilt für die Sojabohne. 34 % der weltweiten Getreideernte wird an Tiere verfüttert, lediglich 6 % dient der Bioethanol-Pro-

duktion. Etwa 80 % der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche dient der Fleischproduktion.

Da für die Erzeugung einer tierischen Kalorie im Durchschnitt sieben pflanzliche Kalorien an Tiere verfüttert werden, würde der direkte Konsum pflanzlicher Nahrungsmittel zu einem signifikanten Nachfragerückgang und fallenden Preisen führen. Durch den Wegfall der Fleischproduktion würden zudem große Mengen Energie, klimaschädliche Emissionen und Wasser eingespart.

„Der weltweit ausufernde Fleischkonsum ist bei Weitem kein reines Tierschutzproblem mehr. Der Hunger nach Fleisch bedingt globale Umweltzerstörung und bedroht das Leben von Menschen in ärmeren Ländern. Daran würde auch die Abschaffung des *Biosprits E10*

nichts ändern“, betont der Biologe André Schmidt, Vorstandsmitglied beim Bundesverband *Menschen für Tierrechte*. „Mit der Umstellung auf eine pflanzliche Ernährung kann jeder seinen Beitrag leisten, um die globale Nahrungsmittelknappheit zu entschärfen und Hungerkatastrophen zu verhindern.“

Mit seinem Internetportal www.culinaria-vegan.de unterstützt der Verband den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer vegetarischen Ernährung. Interessierte finden in dem Portal eine Vielzahl von Rezepten – von Salaten, Grill-Ideen über Vor- und Hauptspeisen bis zu Kuchen und Desserts –, die alle ohne Zutaten vom Tier auskommen.

Fleischverbrauch: Hoffnungsschimmer im Inland, steigende Nachfrage im Ausland

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Erfreulicherweise wurden im 1. Halbjahr 2012 in Deutschland 23.600 Tonnen weniger Fleisch „produziert“ als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Langsam macht es sich bemerkbar, dass in Deutschland immer mehr Menschen weniger Fleischprodukte essen oder sich ganz vegetarisch/vegan ernähren.

Der Produktionsrückgang ist insofern erstaunlich, als die deutsche Fleischindustrie versucht, die sinkende Nachfrage im Inland durch Exporte auszugleichen. Wie eine aktuelle Kleine Anfrage der *Grünen-Bundestagsfraktion* ergab, stieg im ersten Halbjahr 2012 der Netto-Export um 120.600 Tonnen an. Die reinen Fleischexporte erhöhten sich im ersten Halbjahr um 8,7 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2011.

Mitte September 2012 trafen sich auf der Fachtagung „Fokus Schwein“ rund 500 Schweinehalter. Zu Gast war unter anderen Clemens Tönnies, einer der größten Fleischproduzenten und Schlachthofbetreiber Deutschlands. Er plädierte natürlich für mehr Schweineerzeugung. Dabei ist der deutsche Markt absolut gesättigt. Also soll das Fleisch in den Export gehen, der Weltmarkt biete noch eine Menge Potenzial.

Es ist leider ein Trend in den Schwellenländern, sich auch den westlichen Essensgewohnheiten an-

zugleichen. Während bei uns Fleischprodukte sehr billig als Massenware angeboten werden, sind diese in vielen ärmeren Ländern ein Zeichen des Wohlstandes, den sich nur wenige leisten können.

So stiegen beispielsweise die russischen Fleischimporte im ersten Halbjahr 2011 kräftig an, bei Rind- und Kalbfleisch sogar um 21 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der deutliche Anstieg der Importnachfrage sei vor allem auf die gute Konjunktur der russischen Wirtschaft nach der letzten Rezession zurückzuführen, gab der Verband der deutschen Fleischwirtschaft (*VDF*) an.

Der Fleischexport zielt vor allem auf den asiatischen Markt, nicht zuletzt mit Hilfe der Bundesregierung. Anfang September 2012 reiste eine Delegation nach China, um für bessere Exportbedingungen zu werben. Vor allem „Schweinefleischnebenprodukte“ sollen stärker exportiert werden. Dazu gehören Schweineohren und -füße, die dort als Delikatesse gelten, während sie bei uns nur zu Tierfutter verarbeitet werden.

China hat allerdings andere Pläne! Mit einem Fünfjahresplan, der einen Strukturwandel in der gesamten Erzeugungs- und Verarbeitungskette vorsieht, versucht die chinesische Regierung, Importe aus dem Westen zu begrenzen und dafür die eigene Fleischerzeugung zu erhöhen. Nach Angaben von *Agra Europe*

stammt bisher ein Großteil des chinesischen Fleisches von kleinen Betrieben. Diese verlieren durch die geplante Strukturreform ihr bescheidenes Einkommen.

Da in China trotz großer Bestrebungen von Tierschützern noch immer kein Tierschutzgesetz verabschiedet wurde, kann man sich die Zustände in der Tierhaltung vorstellen, die nicht zuletzt von entsetzlichen Tiermärkten bekannt sind, bei denen noch immer Hunde und Katzen zum Schlachten verkauft werden.

Abgesehen davon, tragen die Fleischexporte Deutschlands in armen Ländern zu einer Verelendung der bisherigen Nutztierhalter und des fleischverarbeitenden Gewerbes bei. Aus Sicht des Tierschutzes ist allerdings nichts gewonnen, wenn kleinbäuerliche Betriebe aufgeben und Großindustrielle das Geschäft übernehmen.

Erfreulicherweise gibt es in der westlichen Welt einen Trend zu weniger Fleischkonsum. In den USA ist es innerhalb weniger Jahre gelungen, ihn auf das Niveau der 1970er-Jahre zurückzufahren. Auch in unseren Nachbarländern ging der Fleischverbrauch zurück. In der gesamten EU soll er in diesem Jahr um 500.000 Tonnen niedriger ausfallen als in 2011. Auch die Fleischerzeugung soll bis nächstes Jahr um 630.000 Tonnen zurückgehen.

Versteckte Tierprodukte in Lebensmitteln

Marie-Luise Strewe, stellv. Vorsitzende

Nach Informationen der Verbraucherschutz-Organisation *Foodwatch* sind in vielen vermeintlich vegetarischen oder veganen Lebensmitteln Tierbestandteile oder Tierprodukte versteckt, und zwar häufig ohne jeden Hinweis auf der Verpackung. So verwenden beispielsweise manche Bäckereien Schweineschmalz zur Herstellung von Brezeln oder Croissants. In Gummibärchen und Schokoküssen – teilweise auch in Frischkäse, Joghurt und Frühstücksquark – sowie zur Klärung von Wein und Apfelsaft wird Gelatine verarbeitet. Kälberlab, Fisch-, Schwein-, Wild- oder Geflügelbestandteile finden sich als Aromaträger in Kartoffelchips. Viele industrielle Großbäckereien verwenden zur leichteren Verarbeitung von Mehl die aus Schweineborsten und Federn gewonnene Aminosäure *L-Cystein*. Häufig werden auch Vitamine über Tierbestandteile in Produkte geschleust, beispielsweise in

Fruchtsäfte, wie *Foodwatch* im Fall der Multivitaminsäfte *Valensina* und *Hohes C* nachweisen konnte.

Außerdem kommt es bei der Produktion von „veganer“ Schokolade und Süßigkeiten bei einzelnen Herstellern immer wieder zur Kontamination mit Spuren von Tierprodukten wie Milchzucker oder Hühner-eiweiß, so zum Beispiel bei der Firma *Ritter Sport*.

Der Verbraucher wird bewusst in die Irre geführt – mit Billigung des Gesetzgebers. Obwohl das Problem auch von Verbraucherministerin Ilse Aigner offiziell erkannt wurde, ist bisher eine entsprechende Kennzeichnung weder auf Bundes- noch auf EU-Ebene vorgeschrieben. Wer sich vegetarisch oder vegan ernähren, aus religiösen Gründen bestimmte Tierprodukte meiden oder nur bestimmte Formen der Tierhaltung unterstützen möchte, hat gegenwärtig keine Möglichkeit, eine bewusste Kaufentscheidung zu treffen. *Foodwatch* fordert daher eine lü-

ckenlose Kennzeichnungspflicht für Zutaten, Aromen, Verarbeitungs- und technische Hilfsstoffe tierischen Ursprungs. Die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ müssen gesetzlich klar definiert werden. Außerdem muss der Hersteller auch Verunreinigungen ausschließen können, wenn er ein Produkt als „vegan“ oder „vegetarisch“ deklariert.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage von *Foodwatch*:

http://foodwatch.de/kampagnen_themen/vegetarismus_veganismus/index_ger.html

Bitte unterstützen Sie auch die E-Mail-Aktion an Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner:

<https://foodwatch.de/e10/e52916/e52921/>

Eine detaillierte Auflistung versteckter Tierprodukte in Lebensmitteln finden Sie im Tierrechtskochbuch unter:

<http://tierrechtskochbuch.de/vegan/tierprodukte.html>

Freiheit für die Braunbären *Maxi* und *Schnute*

In einem historischen Bärenzwinger mitten in Berlin müssen seit 20 Jahren die beiden Braunbären *Maxi* und *Schnute* leben. Die Bären sind die meiste Zeit in winzigen Innengehegen eingesperrt und dürfen nur für zehn Stunden täglich auf eine kleine Außenanlage, die von einem tiefen Graben und einer Mauer umgeben ist. Die Monotonie und die Enge haben die Tiere psychisch krank werden lassen.

Dabei haben bereits drei Bären-auffangstationen ihre Hilfe bei der

Umsiedlung der Tiere in eine weitläufige, naturnahe Anlage angeboten. Doch das zuständige Bezirksamt hat dies bislang immer abgelehnt.

Bitte fordern auch Sie „Freiheit für *Maxi* und *Schnute*“.

Aktion: Schreiben Sie bitte an den verantwortlichen Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke.

Musterbrief

Sehr geehrter Herr Dr. Hanke,

ich habe vom Bärenzwinger im *Köllnischen Park* erfahren. Diese Anlage aus dem Jahr 1939 entspricht keinesfalls den Bedürfnissen von Braunbären.

Daher bitte ich Sie, *Maxi* und *Schnute* nach ihrem Winterschlaf endlich die Freiheit zu schenken. Stimmen Sie einer Umsiedlung der beiden Bären in eine Auffangstation zu.

Mit freundlichen Grüßen

Anschriften für Briefaktionen

Seite

- 20 Affen aus Mauritius: Ihre Exzellenz Frau Sarojini Seeneevassen-Frers, Botschaft der Republik Mauritius, Kurfürstenstraße 84, 10787 Berlin, Fax: 030-26 55 83 23, E-Mail: berlin@mauritius-embassy.de
- 27 Freigehege für Berliner Bären: An das Bezirksamt Mitte, Herrn Dr. Christian Hanke, Mathilde-Jacob-Platz, 10551 Berlin, E-Mail: christian.hanke@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.

*Überall im Tierreich gibt es Lebewesen, die atmen und fühlen –
sie sind nicht nur am Leben, sondern leben.*

*Jedes von ihnen versucht sein Bestes: Er sucht nach Nahrung und Schutz,
nach einem Partner, sucht nach Gutem und meidet das Schlechte.*

Auf seiner Suche gibt es zahlreiche angenehme Dinge und Erlebnisse:

*Nahrung, Wasser, Bewegung, Ruhe, Schutz, Sonne, Schatten,
Entdeckungen, Vorfreude, soziale Kontakte, Spiel und Sex.*

Und da den Tieren all dies gut tut und ihr Überleben sichert,

hat die Evolution dafür gesorgt,

dass Tiere positive Erlebnisse auch als solche erkennen.

Alle Tiere, auch wir, suchen nach Freude.



Wenn wir glauben, dass Tiere nur Schmerz wahrnehmen,

trügen wir ausschließlich die Verantwortung,

ihnen kein Leid zuzufügen.

Gestehen wir ihnen aber die Fähigkeit zu,

Freude zu empfinden, reicht das nicht aus.

Es wäre bereits verwerflich, ihnen Freude zu verweigern.

Jonathan Balcombe: Tierisch vergnügt. Ein Verhaltensforscher entdeckt den Spaß im Tierreich